

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

65 (17.3.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 14 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 14 M; in der Geschäftsstelle und bei anderen Karlsruher Abgehörern 12,50 M monatlich. — Einzelhefte 60 Pf. Ausgabe: Mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: 650 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Anzeigen: Die einspaltige Kolonelle 2,20 M. Die Restkolonelle bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde: 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Der Wucher mit den Lebensmitteln

Seit Mitte März 1922 beträgt der Preis für Weizengetreide das sechsfache des Friedenspreises, womit die Preissteigerung noch nicht abgeschlossen ist. Eine berechtigende Empörung macht sich in der breiten Masse des Volkes geltend, daß ein Produkt, das im Inlande produziert wird, eine derartige Preissteigerung erfahren hat. In der agrarischen Presse verurteilt man diese Preissteigerung u. a. dadurch schamhaft zu machen, daß man auf die Preissteigerung für künstlichen Dünger hinweist. Hierbei wird aus begrifflichen Gründen immer nur die nominelle Preissteigerung betont. Schon wiederholt ist in Ansehung der Düngemittelindustrie bezw. deren Konditionen darauf hingewiesen worden, daß die Düngemittel relativ billiger sind als in der Friedenszeit.

Es dürfte jedenfalls interessant sein, diese Berechnung nach dem gegenwärtigen Stand der Öffentlichkeit bekannt zu geben. Der Weizenpreis beträgt im März 1922 pro Hektar 850,-; im Frieden 180,-; das Kilo Kartoffeln kostete im März 1922 ab Erzeuger 1,36 M; im Frieden 0,40 M. Das Verhältnis der Preise für künstliche Düngemittel gestaltet sich wie folgt: 1 Hektar Weizen März 1922: 30 M; 1913: 1,36 M; 1 Hektar Weizen März 1922: 4,26 M; 1913: 0,20 M; 1 Hektar Weizen März 1922: 10,25 M; 1913: 0,40 M. Es ist hierbei der Meißelgehalt an Nährstoff in dem Düngemittel zugrunde gelegt.

Lassen wir also die Bezahlung in Papiermark vollständig fallen und berechnen, wieviel Kilo Kartoffeln oder Roggen der Landwirt früher und jetzt aufwenden muß, um den künstlichen Dünger zu bezahlen. Zu 1 Hektar Weizen sind erforderlich jetzt 15 Hektar Kartoffeln oder 3 1/2 Hektar Roggen. Im Frieden waren erforderlich 34 Hektar Kartoffeln oder 8 1/2 Hektar Roggen. Zu 1 Hektar

Kilo sind jetzt erforderlich 2 1/2 Hektar Kartoffeln oder 1/2 Hektar Roggen. Im Frieden waren erforderlich 5 Hektar Kartoffeln oder 1 1/2 Hektar Roggen. Zu 1 Hektar Weizen sind jetzt erforderlich 6 Hektar Kartoffeln oder 1 Hektar Roggen. Daraus kann man ersehen, daß die Klage der Landwirte über die hohen Düngemittelpreise nicht berechtigt sind. Ähnlich liegt es bei allen anderen Bedarfsartikeln der Landwirtschaft, wenn man in dieser Form das Verhältnis zwischen Gegenstandspreis und Friedenspreis berechnet.

Die Landwirte verlangen die freie Wirtschaft, d. h. unbeschränkte Preisgestaltung für die landwirtschaftlichen Produkte. Anfang März wurde seitens der Kartoffelbauergesellschaft, eine ausgesprochene agrarische Körperschaft, dem Reichstag eine Entschließung unterbreitet, worin mit der bekannten Entschiedenheit die volle Befreiung der Zwangsbesetzung der landwirtschaftlichen Produkte gefordert wird. Es handelt sich dabei ja nur um das Anlagungsverfahren beim Weizengetreide. Bezeichnend ist aber, daß diese Kartoffelbauergesellschaft in der oben genannten Entschließung verlangt, daß es Aufgabe der Regierung sei, alle Maßnahmen zu treffen, um die Preise für künstliche Düngemittel möglichst niedrig zu halten. Wir gehören nicht zu denjenigen, die die Erhöhung der Düngemittelpreise billigen. Aber es ist eine Leistung seitens der Regierung, die vollkommen freie Wirtschaft für den Absatz landwirtschaftlicher Produkte zu verlangen und andererseits an den Staat die Aufforderung zu richten, Produkte, die die Landwirtschaft bedarf, in der Zwangswirtschaft zu belassen, um die Preise niedrig zu halten.

Heg- und Angstdelirium bei der französischen Regierung

Im französischen Parlament hielt gestern der Kriegsminister eine Rede, die nur im Delirium gehalten werden konnte. Sie war nichts anderes als eine einzige Hebe gegen Deutschland. Hier der vorliegende Bericht:

Paris, 16. März. In der heutigen Kammer Sitzung ergreift zur Begründung der Dekretreform Minister Roginot das Wort. Er sagte u. a.: Gegenüber einem Volk wie dem deutschen müssen wir uns um eine Organisation bemühen, die durch den Gedanken eines neuen Angriffs begründet ist. Die Stärke unseres Decrets muß genügend sein, damit Deutschland sich nicht seinen Verpflichtungen entziehen kann. Das mindeste, was zu sagen ist, ist das, daß Deutschland seine Einheit gewahrt hat, daß es 60 Millionen Einwohner gegenüber den 40 Millionen Frankreichs zählt. Alle, die in Deutschland gewesen sind, sagen, daß die moralische Entwertung nicht durchgeführt ist, und der Gedanke der Revolution noch nicht aufgegeben worden sei. Gegenüber einem Gegner wie Deutschland, der seine ganze Industriemacht noch besitzt, müssen wir darauf bedacht sein, die Vorteile auszunutzen, die der Sieg gebracht hat. Die deutsche Industrie werde rasch Waffen und Munition herstellen können. Aber Deutschland habe seit dem Ausbruch seines Kriegesagitation fortgesetzt. Zum Beweise dieses Zaubers behauptet Roginot, daß man jüngst genügend Artilleriematerial für 22 Divisionen gefunden habe. Man müsse die deutschen Fabriken in die Unmöglichkeit versetzen, Waffen herzustellen. Die deutsche Regierung lasse hinter dem Schwarzwalde Eisenbahnlinien herstellen, um nötigenfalls alle ihre Streitkräfte an der Nordflanke der Alliierten zu versammeln. Die Reichswehr sei trotz der schwachen Mannschaften und der schwachen Bewaffnung ein mächtiges Heer, das rasch verdoppelt werden könne. In den besetzten Räumen des Reiches habe Deutschland genügend Artillerie und Mannschaften ausgebildet. Im Jahre 1923 werde die französische Armee am Rhein und in Frankreich 420 000 Mann stark sein.

Wie die Entente fortgesetzt Deutschland schikaniert

Auf Betreiben Frankreichs hat die Entente wieder neue Forderungen und Fortstellungen in Berlin erhoben, die dem Zweck und Ziele dienen, Deutschland das staatliche Leben noch erheblich schwerer zu machen, als es ohnehin schon ist. Frankreich arbeitet und drängt eben systematisch auf den Zusammenbruch Deutschlands hin. Es liegen folgende Nachrichten vor:

Paris, 16. März. Der französische Vizekonsul überreichte gestern dem Reichsminister des Auswärtigen Dr. Brüning gleichzeitig im Namen der Vizekonsuln Englands, Italiens und Belgiens und des belgischen Konsulats eine Kollektivnote, in der auf eine widerrechtliche Haltung hingewiesen wird, die die belgischen Behörden in den letzten Monaten gegen die internationalisierte Militärkontrollkommission eingenommen haben sollen. Dies beziehe sich namentlich auf Mitteilung der eine Einschätzung des Wertes der Entwaffnung gestattenden Urkunden, regelwidriges hartes Zusammendrängen gewisser Decretes, die Polizei, getroffenen Maßnahmen. Die Note fordert die deutsche auf, diesen Praktiken ein Ende zu machen. Die alliierten Mächte hätten darauf, daß die deutsche Regierung alle Maßnahmen ergreife, um die Tätigkeit der Kontrollkommissionen in den Weg gelegten Hemmnisse verschwinden zu lassen.

Das Savasbüro erzählt über die Antwort der Reichsregierung auf die Kollektivnote über die Kontrollkommission, daß die Reichsregierung den Ententebehörden lediglich den Entschluß bezüglich des Budgets und der Organisation der Eisenbahn, von der in der Note die Rede ist, Anfrüherungen an die Kontrollkommission erteilt würden.

Die Regierung hat im Einvernehmen mit den Ländern am 15. März eine Antikontrollkommission ernannt, die in der zunächst die Kontrollkommission der Ordnungspolizei auferlegten Verpflichtungen aufgeführt werden, u. a. besonders die Auflösung der 1919 geschaffenen Sicherheitspolizei, Wahrung des Charakters einer Landes- und Ordnungspolizei für die auf 150 000 Köpfe veränderte Ordnungspolizei, das Verbot einer generalen Organisation dieser Polizei über das 1913 bestehende Maß hinaus, die Vermeidung jedes militärischen Charakters und Unterlassung aller Mobilisationsmaßnahmen, das Verbot des Personalausstausches zwischen Reichswehr und Polizei, die Beschränkung der Bewaffnung der Polizei auf die von der Kommission festgesetzte Höchstgrenze (1 Karabiner auf 3 Mann), das Verbot der Verwendung von Flugzeugen u. a.

Im zweiten Teil der Note wird dargelegt, was die deutschen Länder zu tun haben: Die Sicherheitspolizei ist in ihrem militärischen Aufbau vollständig beibehalten. Bei der Organisation der Ordnungspolizei ist der zivile Charakter gewahrt. Eine gewisse Zusammenfassung eines Teils der Grenzüberwachungs- und Verbändel ist aber durch die schwierige Lage Deutschlands geboten. Staaten mit ähnlichem militärischem Schatz und ähnlichen innerpolitischen Verhältnissen, wie Frankreich, Belgien, Amerika und Italien können auch große geliebte Polizeitruppen nicht entbehren; Deutschland könne deshalb mit seiner kleinen Reichswehr auf einen starken Polizeischutz nicht verzichten. Dazu komme, daß Reichswehr und Ordnungspolizei selbst bei der jetzigen Organisation der letzteren nicht genügen, um Ordnung zu schaffen, wenn an verschiedenen Stellen des Reiches Aufruhr ausbräche. Zum Schluß betont die Note den festen Willen der Regierung, an der Erfüllungspolitik festzuhalten und macht eine Reihe von Verhandlungsvorschlägen, die mehreren Forderungen der Kommission gerecht werden.

Entlassungen im Eisenbahnbetrieb

Um den Eisenbahnbetrieb wieder rentabel zu machen, soll das jetzt vorhandene Personal entlassen werden. Angeblich handelt es sich um 20 000 Köpfe, die bis spätestens 21. März über den natürlichen Abgang hinaus aus dem Eisenbahnbetrieb entfernt werden sollen. Nach einem Erlass des Reichsverkehrsministers vom 20. Januar 1922 sollen entlassen werden:

für die Zweigstelle Preußen — Ostpreußen	15 000 Lohnempfänger
Bahnen	1 800
Eisenbahn-Generaldirektion Dresden	1 400
Stuttgart	600
Karlsruhe	850
Schwerin	200
Oldenburg	150

In dem Erlass werden dann weiter Richtlinien gegeben zur Befreiung der freigewordenen Stellen der Lohnempfänger durch Beamte. Der Erlass betont, daß mit aller Entschiedenheit dazu übergegangen werden muß, Hilfsbeamte und Beamte für den Arbeiterdienst freizumachen. Planmäßige Beamte der Besoldungsgruppen 1 bis 5 sollen gegen Fortzahlung ihres Gehalts, aber unter Fortfall der Fahrgebelde, Arbeiterdienste verrichten. Den Beamten wird es auch freigestellt, in ein Arbeitsverhältnis zu treten. Durch einen weiteren Erlass vom 25. Februar 1922 bestimmt der Reichsverkehrsminister, daß der Erlass vom 20. Januar dahin erweitert wird, daß nicht nur Arbeiter im Sinne des Lohnvertrages, sondern auch Diener und klandere Beamte, die weniger als 4 Jahre im Beamtenverhältnis stehen, entlassen werden können. Voraussetzung ist das Vorliegen eines doppelten Erwerbses. Inzwischen haben nun die Entlassungen von Lohnempfängern ihren Anfang genommen und zu den sonderbarsten Mitten geführt. Es stellt sich nämlich immer mehr heraus, daß die entlassenen Arbeiter gar nicht entbehrbar werden können und daß die von ihnen verrichteten Arbeiten Privatunternehmern übertragen werden, die aber ihren Arbeitern erheblich höhere Stundenlöhne zahlen als die Eisenbahnverwaltung den Entlassenen gezahlt hat. Daß im Eisenbahnbetrieb zu wenig Arbeiter sind, hat Minister Grüner in einer Besprechung am 10. November v. J. anerkannt. Daß er diese Auffassung auch heute noch hat, geht aus seinen Erlassen hervor, daß Beamte für den Arbeiterdienst freigestellt werden müssen. Die Klagen, daß ganz besonders in der Bahnunterhaltung ein ständiger Arbeitermangel herrscht, sind bekannt. Es gibt Schummeier, die die Verantwortung für die Sicherheit des Betriebes ablehnen, weil ihr Wunsch, Arbeiter in ausreichender Zahl zu erhalten, nicht erfüllt wird. Aus dem Bezirk Essen wird dem Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes berichtet, daß 300 Arbeiter zur Entlassung kommen, aber 325 neue Stellen genehmigt sind. Bahnamsteigerer mit einer Kopfstärke von 80 bis 90 Mann sind nur mit 30 Mann besetzt, daneben sind Privatunternehmer beteiligt, die einen um mehrere Mark höheren Stundenlohn zahlen. Die Werkstätte Wanne hat 252 Waggon der Firma Krupp zur Reparatur übergeben. In Breslau werden 747 Arbeiter entlassen, obwohl der Eisenbahndirektionspräsident behauptet, seine Dienststelle habe zwölf Leute, im Gegenteil, die Bahnunterhaltung habe Mangel. Selbst das Kohlenladen wird von Privatunternehmern ausgeführt. Der Bezirksbetriebsrat Halle teilt in einem Schreiben vom 14. März mit, daß im Bereich des Betriebsamts 2. Halle Privatunternehmer beteiligt sind, die Stundenlöhne von 13,70 bis 18,50 M zahlten, während die Eisenbahnarbeiter diese Löhne nicht im entferntesten erreichten. Interessant ist noch, daß wiederholt darauf aufmerksam gemacht wurde, daß zahlreiche Beamte in einem Alter von 61 bis 70 Jahren beschäftigt werden, die die Verwaltung pensionieren könnte. Ferner ist nachgewiesen worden, daß zahlreiche Beamte Doppelverdiensten haben. So ist in einem Falle festgestellt, daß ein Schaffner nebenbei Gasmist, Hauswart und Mitarbeiter einer Fabrik ist, trotzdem wurde die Entlassung abgelehnt. Die vorstehend geschilderten Verhältnisse lassen die in Eisenbahnerkreisen vorhandene große Erregung begreiflich erscheinen.

Am 1. April neue Tarifierhöhungen bei den Reichsbahnen

Berlin, 16. März. Der Reichsverkehrsminister hat den Reichseisenbahnrat mitgeteilt, daß mit Rücksicht auf die starken Erhöhungen der Ausgaben der Reichsbahn am 1. April d. J. durch die starke Steigerung der Kohlenpreise, die der Reichsbahn Materialpreise erwachsen, sind für das Rechnungsjahr 1922 auf Reichseisenbahnen 14,5 Milliarden Mark zu beziffern. Die zwischen dem Reichseisenbahnministerium und den Eisenbahnorganisationen der Beamten und Arbeiter vereinbarten Gehalts- und Löhnerhöhungen werden eine weitere Belastung der persönlichen Kosten der

Reichsbahn um 8,5 Milliarden bringen, jedoch eine Gesamterhöhung der Reichsbahn für den kommenden Haushalts von 23 Milliarden eintritt.

Damit steigen die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für 1922 von 7,8 Milliarden auf rund 97 Milliarden Mark, oder um rund 31 Prozent. Bei der Ausgestaltung dieses Haushalts soll der Personal- und Gepäcksdienst gespart werden. Deshalb ist erforderlich, die Güter- und die Tierartefakte entsprechend stärker heranzuziehen. Die seit dem 1. März geltenden Güter- und Tierartefakte sollen vom 1. April d. J. ab um rund 40 Prozent erhöht werden. Die Erhöhung der Frachten für Eisenaut hat auch eine entsprechende Steigerung des Expeditorenlohns zur Folge, jedoch wird von einer Erhöhung der Mindestfrachten für Expeditoren abgesehen. Eine Erhöhung der Personentarife ist nicht in Aussicht genommen.

Am 1. April neue Tarifierhöhungen bei den Reichsbahnen

Berlin, 16. März. Der Reichsverkehrsminister hat den Reichseisenbahnrat mitgeteilt, daß mit Rücksicht auf die starken Erhöhungen der Ausgaben der Reichsbahn am 1. April d. J. durch die starke Steigerung der Kohlenpreise, die der Reichsbahn Materialpreise erwachsen, sind für das Rechnungsjahr 1922 auf Reichseisenbahnen 14,5 Milliarden Mark zu beziffern. Die zwischen dem Reichseisenbahnministerium und den Eisenbahnorganisationen der Beamten und Arbeiter vereinbarten Gehalts- und Löhnerhöhungen werden eine weitere Belastung der persönlichen Kosten der

Reichsbahn um 8,5 Milliarden bringen, jedoch eine Gesamterhöhung der Reichsbahn für den kommenden Haushalts von 23 Milliarden eintritt.

Damit steigen die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für 1922 von 7,8 Milliarden auf rund 97 Milliarden Mark, oder um rund 31 Prozent. Bei der Ausgestaltung dieses Haushalts soll der Personal- und Gepäcksdienst gespart werden. Deshalb ist erforderlich, die Güter- und die Tierartefakte entsprechend stärker heranzuziehen. Die seit dem 1. März geltenden Güter- und Tierartefakte sollen vom 1. April d. J. ab um rund 40 Prozent erhöht werden. Die Erhöhung der Frachten für Eisenaut hat auch eine entsprechende Steigerung des Expeditorenlohns zur Folge, jedoch wird von einer Erhöhung der Mindestfrachten für Expeditoren abgesehen. Eine Erhöhung der Personentarife ist nicht in Aussicht genommen.

Hilferufe gegen die bolschewistische Gewalt-herrschaft

Sozialisten in großer Gefahr

Die bolschewistische Regierung hat gegenwärtig in Moskau 47 Mitglieder der Partei der Sozialrevolutionäre, darunter das ganze Zentralkomitee der Partei, dem Gericht des Obersten Tribunals übergeben. Das Gericht soll auf Grund fälschlicher Aussagen die wahre Rolle der Partei der Sozialistenrevolutionäre während des Bürgerkrieges und deren Kampfmethoden gegen die Sowjetmacht prüfen, um auf diese Weise die Verbrechen der Partei der Sozialistenrevolutionäre gegen die proletarische Revolution festzustellen.

Anlässlich dessen nimmt das Auslandskomitee der Partei der Sozialistenrevolutionäre in einer längeren Zuschrift „An die sozialistischen Parteien aller Länder“ Stellung gegen das Sowjetregime und kennzeichnet nochmals dessen Ziele gegen die Arbeiterklasse. Die bolschewistische Partei sei die erste gewesen, die den Bürgerkrieg begann, indem sie eine in ihrer Mehrheit sozialistische Regierung mit Gewalt stürzte, später die konstituierende Nationalversammlung davonjagte und sich ununterbrochen Gewalttätigkeiten gegen die Mitglieder der Partei der Sozialistenrevolutionäre erlaubte. So wurde insbesondere das Parteivermögen beschlagnahmt, die Parteiorganisation zerlegt, die Parteipresse inibiert, eine große Anzahl von Parteimitgliedern ohne Grund erschossen oder ins Gefängnis geworfen. Angesichts dessen hat die Sozialistenrevolutionäre Partei es damals als ihr gutes Recht betrachtet, mit der Waffe in der Hand denen Widerstand zu leisten, die mit Hilfe konparatistischer Methoden eine brutale Parteifolge aufzurichten suchten.

Dennoch aber habe sich die Partei damals, wie auch später, bereit erklärt, dem Bürgerkrieg innerhalb der Arbeiterdemokratie ein Ende zu machen, aber nur unter der Bedingung: allgemeine Neuwahl in die Sowjets, echtes Wahlrecht, Freiheit des Wortes, der Presse und der Migration.

Auf dieses Angebot gingen die Bolschewisten nicht ein. Jährlich nach dem Sozialistenrevolutionäre Partei ihre legale tägliche Organ herausgab, wurden plötzlich Massenverhaftungen in der Partei vorgenommen. Von dieser Zeit ab bis zum gegenwärtigen Augenblick müssen die Sozialistenrevolutionäre ein illegales Leben führen. Zum Schluss fordert die Partei der Sozialistenrevolutionäre die Bolschewisten zu einer offenen Auseinandersetzung auf. Sie schlägt die Organisation eines Einheitsrates vor, das aus den Vertretern der drei internationalen Vereinigungen der sozialistischen als auch der kommunistischen Parteien bestehen soll.

Das Schreiben ist unterzeichnet von Senfinkow, Rubanowski, Kuznecow, Schomilin und Tschernoff.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sandte am 15. März folgendes Telegramm an die Sowjetregierung:

Sernin Lenin, Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, Moskau.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erfährt aus Presseberichten, daß 47 Mitglieder der Partei der Sozialistenrevolutionäre auf Grund von Ausfagen eines Renegaten nächster Tage vom Obersten Tribunal abgeurteilt werden sollen. Im Namen von 8 Millionen organisierter Arbeiter Deutschlands bitten wir um Hilfe für die Beschuldigten. Die Welt braucht heute Versöhnung. Insbesondere ist das Schicksal der internationalen Arbeiterklasse abhängig davon, daß die Bekämpfung und Verfolgung von Brüderpartei in gewalttätiger Form aufhört. Helfen Sie zur Verständigung und zum Frieden und lassen Sie die in Entwicklung begriffene Annäherung zwischen den Arbeitern Rußlands und Deutschlands nicht durch ein Bluturteil, das bei allen Anhängern der Freiheit Enttäuschung und Empörung hervorruft, werden.

Der ununterbrochene Krakeel bei den Kommunisten

Der Spaltungsprozess innerhalb der kommunistischen Gruppen schreitet immer weiter fort. Von der kommunistischen Arbeitgemeinschaft, die wieder zu den Unabhängigen zurückkehren will, hat sich eine Gruppe getrennt, die die Vereinigung mit der kommunistischen Partei erstrebt. Auch in der links von der kommunistischen Partei stehenden kommunistischen Arbeiterpartei ist eine Spaltung eingetreten. Am 5. und 6. März folgte der Zentralkomitee dieser Gruppe, wobei es zwischen der Partei und der Berliner Organisation zu einem heftigen Streit kam. Der Zentralkomitee „sagte“ mit den Stimmen der Ortsgruppen Kiel, Dresden und Stettin, die nach eigener Angabe zusammen noch keine zweihundert Mitglieder haben. Die Ver-

Verlängerung von Demobilisationsverordnungen

Der Reichstag, 16. März. Der Wirtschaftspolitische Ausschuss und der Sozialpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigten sich in gemeinsamer Sitzung mit dem Entwurf eines Gesetzes über Verlängerung der Geltungsdauer von Demobilisationsverordnungen. Der für die Fortsetzung des Gesetzesentwurfes eingeleitete Untersuchungsausschuss hat dem Ergebnis gekommen, daß eine Reihe von Verordnungen als unbedingt verlängerungsbedürftig anerkannt werden müsse. Zu diesen Verordnungen zählt: Die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921, die Verordnung über Arbeitsnachweise vom 9. November 1921, die Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 bzw. 17. Dezember 1918, die Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisation vom 18. März 1919. Ueber eine Reihe weiterer Verordnungen war im Untersuchungsausschuss weit Uebereinstimmung erzielt worden, daß eine Verlängerung im Hauptausmaß nicht mehr erforderlich erschien. In der Gesamtabstimmung wurde der Gesetzesentwurf in der Fassung der Regierung mit großer Mehrheit angenommen.

Erklärungen des neuen italienischen Kabinetts

In der Gelegenheit der Vorstellung des neuen Kabinetts vor dem Senat und Senat abgegebenen Erklärung bezeichnete Ministerpräsident de Facta das Kabinet als ein Kabinet der Konzentration. Man könne es unmöglich zulassen, daß ein Teil der Bürger Unruhe schaffe. Unmöglich könne man eine Privilegienwirtschaft zulassen. Man müsse wieder zur normalen Tätigkeit des Parlaments kommen, damit eine umfassende Kontrolle des Staatshaushalts stattfinden, die eine Beurteilung der bisher noch nicht geklärten finanziellen Lage gestatten werde. In finanzieller Hinsicht müsse man von Ausnahmemaßregeln absehen und vielmehr beruhen, ganz allmählich zu normalen Finanzen und zum Gleichgewicht des Staatshaushalts zu gelangen.

Zur auswärtigen Politik führt der Ministerpräsident aus, Italien habe keinen Grund zu einem Konflikt mit anderen Völkern. Im internationalen Konflikt stehe Italien ein Element des Friedens dar. Die Freundschaft für England bildet mit der Grundlage jeder internationalen Politik. Italiens Freundschaft für Frankreich sei fest gegründet, nicht nur durch die Waffen- und Sprachverwandtschaft, sondern auch durch gemeinsame Lebensbedingungen. Gegen die Befürchtungen von getrennten Italien werde das noch nicht geklärt. Italien sei gegenüber Deutschland von den besten Absichten befeuert, da es ein Faktor der Zivilisation und des Fortschritts gewesen sei und auch weiterhin sein werde. Italien vertraue darauf, daß Deutschland seine Verpflichtungen einhalte und im zukünftigen Europa ein zuverlässiges Element des Friedens und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den anderen Nationen sein werde. Italien habe gegenüber Rußland seine Vorurteile und Beschäftigung nicht, sich in seine inneren Angelegenheiten zu mischen.

Soziale Rundschau

Das Gesetz über die Beschäftigung Schwerkrriegsbeschädigter. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten schreibt uns: Die Novelle zum Gesetz über die Beschäftigung Schwerkrriegsbeschädigter erscheint nicht mehr vor dem 1. April 1922. Die Kündigungsschutzbestimmung wird voraussichtlich bis zum 1. Oktober d. J. verlängert werden. Der Entwurf zu dieser Verordnung lautet wie folgt:

§ 1. Die in § 18 Abs. 1 des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerkrriegsbeschädigter vom 6. April 1920 (R.G.B. I S. 455) bestimmte Frist, innerhalb deren eine Kündigung nach § 12 Abs. 1 dieses Gesetzes einem Schwerkrriegsbeschädigten gegenüber erst wirksam wird, wenn die Kündigungsfrist zugestimmt hat, wird bis zum 1. Oktober 1922 verlängert. Bis zum gleichen Zeitpunkt bleibt die Zustimmung des Reichsrats und eines aus 25 Mitgliedern bestehenden Ausschusses des Reichstages erlassene Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Verlängerung der Kündigungsschutzbestimmung zugunsten Schwerkrriegsbeschädigter vom 28. April 1921 (R.G.B. I S. 494) in Geltung. — § 2. Dieses Gesetz tritt am 1. April 1922 in Kraft.

Badische Politik

Der Haushaltsausgleich zu den bayerischen Erklärungen in der Erzbergerfrage

Auf die in der Presse erwähnten Erklärungen des bayerischen Ministers des Innern Dr. Schmeper im Haushaltsausgleich des bayerischen Landtags bezog sich am Mittwoch früh im badischen Haushaltsausgleich ein umstrittenes Gutachten, indem er den badischen Justizminister um entsprechende Erklärungen ersuchte. Dr. Schmeper und einige bayerische Abgeordnete sprachen sich bekanntlich über das Verhältnis Bayerns zum Reich aus, daß man in die bayerischen Substanz eingreife und Bayern sogar besetze. In Verbindung damit wurde die Tätigkeit bayerischer Justizbeamten in München in der Erzbergerfrage erwähnt und Dr. Schmeper betonte, daß seine Regierung Verhandlungen darüber mit Berlin noch führe, ob von Berlin mit Weisungen an die badische Staatsanwaltschaft ergangen wären.

Der badische Justizminister Trunk antwortete nun auf die Anfrage des Zentrumsabgeordneten Klar und prägte wie folgt: Von Berlin aus ist eine Anweisung nach Baden nicht ergangen; Baden besitzt keine Justizhoheit und würde deswegen auch solche Weisungen nicht entgegennehmen. Berlin hat dies auch nie getan. Von Beispielen Bayerns durch Baden kann schon gar keine Rede sein. Wenn Bayerns Bayern direkt bei uns eingeklagt worden wäre, hätten wir selbstverständlich bereitwillig Auskunft erteilt. Die Ermittlungen bayerischer Justizbeamten in München haben im besten Einvernehmen mit dem dortigen Oberstaatsanwalt, dem Polizeidirektor und mit anderen Leitern der Polizei stattgefunden, die alle loyal vor Beginn der Aktion verständigt wurden und stimmten. Die badischen Beamten haben ihre Befugnisse nicht überschritten; ihre Anwesenheit in München war auch nicht vergeblich, wie neben der Beschaffung des Münchener Rechtsanwalts Müller aus den vorgefundenen Urkunden hervorgeht. Die badische Justiz hatte nichts anderes im Auge, als in Bezug auf die kriminelle Seite der Erzbergerangelegenheit Untersuchungsmaßnahmen zu führen. In Bremen, Berlin und Dresden sind unterdessen ebenfalls Untersuchungen vorgenommen worden, ohne daß man Bedenken erhoben hat. Im übrigen dauern die Ermittlungen in der Erzbergerangelegenheit noch fort.

Auf Verlangen eines Abgeordneten der Deutschnationalen Partei gab dann der Justizminister darüber noch nähere Aufklärung, auch über die Ermittlungen in Substanz, während eine sozialdemokratische Abgeordnete feststellte, daß nach seiner Auffassung die badische Justizbehörde ganz korrekt gehandelt hat. Auch ein deutschnationaler Abgeordneter bezeugte das Verhalten der badischen Organe als tadellos. Damit war die Befragung der Anfrage erledigt.

10 Millionen Mark für die Rechtspflege in Baden

Dafür werden berechnet: die Tage- und Lebensunterhaltungsgelder und die Reisegelder der Schöffen und Geschworenen, die Gebühren der Ortsrichter und Schöffen, die Gebühren für Zeugnisse und Sachverständige, Schulnoten, Gebühren für Besondere, amtlich bestellten Rechtsbeistand in Strafjahren, Ersatz der Ausgaben an Rechtsanwältinnen und Gerichtsvollzieher in Amtsjahren, die Entschädigung wegen ungebührlicher Unterjüngung oder Straffhaft, die Kosten für die vom Justizministerium dem Justizbediensteten gelieferten Vordrucke, die Kosten für Protokollierungsapparate und Verordnungsapparate, die Kosten für den Druck und die Herausgabe des Justizministerialkalenders, die Kosten für den Erkennungsdienst, der Anteil Badens an den Kosten der Zentralpolizeistelle in Berlin zur Bekämpfung ungesetzlicher Bilder, Schriften und Inzerate. Es kommen hier weiter zur Berechnung: Beschlagnahme für Entdeckung von Verbrechern, Verhaftungen, und Entdeckungsgeldern.

Bei dem letzten Punkte wurde im Haushaltsausgleich insbesondere auch von sozialdem. Seite bemerkt, daß die Aufsetzung von Beschlagnahmen die sogen. mittlere Linie eingezwungen werden soll, nach welcher die in Frage kommenden Beamten einen Teil der Beschlagnahmen erhalten und der andere Teil in eine gemeinsame Kasse fließt. Der sogen. persönliche Betrag dürfe nicht fehlen, auf der anderen Seite solle und könne man die Entdeckung von Verbrechern nicht von ausgelegten Beschlagnahmen abhängig machen. Der bestehende Beschlagnahme soll kein Vorrecht vor dem Verstoßen erhalten.

Die Ergebnisse der Viehzählung am 1. Dezember 1921 in Baden. Nach den Ergebnissen der Viehzählung am 1. Dezember d. J. hat die in den Vorjahren festgestellte Zunahme des Viehbestandes nicht angefallen, vielmehr ist der Bestand um 1,4 Prozent gegenüber der Zählung des Jahres 1920 zurückgegangen. Deswegen ist die Zahl der Schafe um 33,7 Prozent gesunken, erlere um 5,8 Prozent, letztere um 33,7 Prozent. In Bezug auf Pferde um 1,9 Prozent, der Riegen um 2,9 Prozent, auch in der Zahl des Geflügels, der Bienenstöcke sowie der Hunde ist eine starke Zunahme zu beobachten.

Das Winkelquartett

Eine komische Kleinabtegeschichte
Von Anna Croissant-Ruß
(Fortsetzung)

Wah! vor Wut und heulend stürzte sie sich über Max! her: „Uns alle bringt du ins Elend, was bist denn so a Kerl!“, meinte er nicht heraus.

Die heulende Frau kam aber dem eckigen Schuster wieder gerade recht. Es geht doch nicht an, seinen Jörn lieblich durch Zufuehren der Türen und Schlimpen allein zu beschaffen. Das befragt die Sache auch nicht gründlich genug, und irgendwo mußte er doch heraus, nicht wahr?

Und plötzlich überkam ihn eine grenzenlose Wut über ihre vornehmliche Untreue, die ihm jetzt diese Schande und den Spott des ganzen Paradieses dazu einbrachte, und er glückte seine Frau für die vor der Ehe begangene Sünde und gnedlose Untreue ganz vergessend, daß er es war, der sie um alle Chancen gebracht hatte.

Fortwährend stieß er heraus: „Des hat ma jeh davon, warst g'scheiter a'wen; i lann mi amal net an die Existenz von den Buam g'wöhnen und a jeder Christenmensch wird mir recht geben“, obwohl er ihn doch anstandslos mit in Kauf genommen hatte.

„Du hast ja nit danach g'fragt“, wimmerte die Frau.

„Wer fragt denn bei an bildsaubern Robl um a festene Meinigkeit“, lenkte der Meister ein, „aber wenn sie a g'schlampetes Weib worden is, fragt maner schon danach.“

„Ja, das war sie nun allerdings geworden, a g'schlampetes Weib“, zerrauft und hets halb gewaschen, im traditionellen Kleidungsstück des Paradieses, der farbigen Weste, entweder ein Kind an der Brust, oder eines erwartend, so schliefte sie im Kaufe umher.

„Du warst a Baronia word'n, du taugetst dazu!“ höhnte Meister Greiner, die Meisterin heulte nun immerzu und es war ihr, als müßte jetzt der Himmel über ihr zusammenstürzen. Die Aufregung nach dem baronischen Besuch, der ein unheimliches Paradies in der Schusterstube zurückgelassen, das sich jeder Streich gegen den Lebergeruch behauptete, blieb nicht die einzige.

Immer von Zeit zu Zeit in den nächsten Wochen gab es Augenblicke, wo die edle Seele des Meisters Anieriem aufschäumte und „wallte“.

„Kruzifücken, hänten mir dassehen, wenn der Kerl an anders G'habt hätt!“ Der man meig g'hört, der schauet anders aus, auf der Stell hätten's den adaptiert.“

Niedergerückt und schuldbehaftet schlich die Schusterin umher. Ihre Zuneigung zu Max wehrte sich nicht, auch die des Meisters keineswegs. Nur als Max in die Schule kam, redete sich sein Stolz mächtig auf. Jetzt wollte er den Vater zeigen, jetzt war Gelegenheit gegeben, sich als ein Mann von Größe und Vorurteilsgelassenheit zu zeigen.

Obwohl der Max seiner Gebrechlichkeit halber nicht einmal zum Kinderwagen zu verwenden war ließ er sich als Vater nicht lumpen, sondern machte ihm aus einem derben Stück Leder ein Paar Schuhe, die ausjagen, als müßten sie noch an Genetationen vererbt werden.

Das war das einzige, wodurch sich der Max von Bevi Glodes Fritz unterschied, denn der war barfuß gekommen, trotz des nebligen Oktoberwetters, und seine Finken, dünnen Beine sahen aus, wie die ersten Zweifögen, die seine Mutter für reif verkauft wollte.

Wunderlicher Zug des Herzens! Was sich das Schönenstrahlende und die dicke Arinolmeline fanden, so fanden sich der Fritz und der Max sofort, und es dauerte nicht lange, so waren sie ungetrennt. Nicht daß sie ähnlich gefeiert waren, hatte sie jedoch, es gab der Baragen und Barabergsäger, der Ruben vom „Ring“, also von der Stadtmauer, genug, die ebenso gerissen oder verflucht, fadenheilig oder schmutzig gefeiert waren wie sie: es war „der Zug des Herzens“, außerdem waren beide die Verfossten und Verpöhlten, Max wegen seiner Fälschtheit, seines lehmfarbenen, traurigen Gesichtes und wegen seines Sines; schnell war er der „hinende Max“ geworden, und der Fritz, das Offiziersbagerl, weil er wie ein bössertiger, halbruppiger stinker Robe, klein winzig und mit schenen schlimmen Augen unter sie geschlüpft war, und für alle etwas Unheimliches hatte. Beide waren sie aber gemieden wegen ihrer Herkunft.

Kinder armer Leute hören so viel zu Hause reden, wo alles aufeinander gepfercht ist, und pappeln viel nach, auch das, was sie nur halb verstehen.

So war Max auch wieder zur Abwechslung „Der Schusterbaron“ und der Fritz der „Dreibeaterbua“.

Daß Max seelenruhig alles über sich ergehen ließ — das war auch zu Hause seine Taktik — verband den Fritz nur noch fester mit ihm, denn dadurch fühlte er sich berufen, auch für ihn mit einzustehen, und vergalt alle Weidigungen, die an dem dem Max angedeihen ließen, mit der größten Bosheit und

Tücke oder mit plötzlich ausbrechender Wut; wie ein kleiner Spritzenkegel konnte er dann sein. Er bekam dafür stets seine rechtliche Tracht Prigel — das war er von Mama Vei gewohnt — im Schellen und Schleichmachen blieb er ihnen trotzdem weit über, da fruchte und züchte er vor Leidenschaft, und die Schandworte überlieferten sich förmlich, so notwendig hatte er's.

Am meisten ärgerte ihn das „Dreibeaterbua“, und er quälte Mama Vei unaufhörlich, ihm das müße Schimpfwort zu erklären. Er stampfte und meinte, weil sie ihm nicht folgen wollte, sondern nur heftig und zornig wurde, und nicht's so lange, bis er eine Tracht Prigel — jedoch ohne Erklärung — hatte.

Max's Schimpfwort „Schusterbaron“ war verständlicher, obwohl es den beiden noch immer nebelhaft genug blieb, daß der Max eigentlich zwei Väter und doch nur einen und der Fritz deren drei und dennoch keinen hatte.

Der Fritz triegle einen Wortschatz, als ihm der Schusterbaron in seiner langamen und behäbigen Weise von dem Besuche des wirklichen Barons erzählte, der die Paradieseß und ihre Umgebung in solch heillosen Aufregung versetzt hatte.

„Boah!“, sagte an jenem denkwürdigen Tage der Max, der sonst gewöhnlich ruhig war und nur ausnahmsweise seine Seele in tiefen Bemerkungen ausströmen ließ: „was! Mutter hat g'sagt, des oan is der Papa und des andere der Vater.“

Das war wohl erschöpfend genug und damit gaben sie sich vorläufig zufrieden.

Aber der hohe Besuch durfte noch lange in ihnen nach, wenn sie bekommen auf der Kräuterdiese saßen oder an den Rainen am Erzberg langerten und dabei die männlichen und weiblichen Sturpe des „Vaters“ zusammen hielten, denn das taten sie jetzt immer selbender.

Stets trübte das ungleiche Gespann der Max mit unbesonnenen schmerzhaften, der Fritz mit kleinen trippelnden Schritten vor der schusterlichen schmerzbehafteten Equipage aus dem Paradieseß.

Vor der Stadt vermaßelte sich das elende Gefährt, das der Vater Schuster aus Holz und mit Unmut zusammengezimmert hatte, flugs in das elegante adelige. Denn sie liebten es lange Zeit, Baron und Baronia in der Paradieseß zu spielen, und zwar entpuppte sich der Fritz als sehr geschickter und gewandter, ja selbst als intriganter Akteur; er wußte auch stets die besten und eindrucksvollsten Rollen dem Max abzunehmen.

(Fortsetzung folgt.)

Badischer Landtag. Die nächste Sitzung des badischen Landtags findet am 20. März nachm. 4 1/2 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht: Fortsetzung der Beratung über den Staatsbudgetanschlag für die Rechnungsjahre 1922 und 1923 und zwar Hauptabteilung IV, Ministerium des Innern (ohne Titel), Landwirtschaft und Ernährung, Berichterstatter Abg. Dr. Schmitt-Karlruhe und damit in Verbindung eine Reihe von Anträgen und Beschlüssen.

Die Not der deutschen Presse

Eine Konferenz der deutschen Zeitungsverleger, die am 13. März in Weimar tagte, erläßt eine Rundgebung, aus der wir folgendes wiedergeben:

Wiederholt sind die Notrufe der deutschen Zeitungen in die Öffentlichkeit gedrungen, aber der furchtbare Zwang der Währungsnot, die man vor nicht langer Zeit noch für unvorstellbar hielt, hat es mit sich gebracht, daß diesem Schicksal einerseits, andererseits der Forderung des öffentlichen Lebens nicht die Aufmerksamkeit zuteil geworden ist, die notwendig gewesen wäre, das Schlimmste zu verhüten.

Zusammenbrechen der Zeitungen

Das hat erst mit einer Reihe in der großen Öffentlichkeit weniger beachteter Eingriffe begonnen; es schreitet weiter, und die Zeitungen, die zwischen einer großen Anzahl von Vertretern zum Teil sehr bekannter und alter deutscher Zeitungen und ihrer Berufsorganisation notwendig gewesen sind, erbrachten die Gewißheit, daß Zeitungen aller Art, kleine, mittlere und große, in kurzer Zeit zur

Stillelegung oder mindestens zu weitgehenden Betriebs-
einschränkungen gezwungen sein werden.

Schuld daran ist vor allem eine nur dem Namen nach freie
Wirtschaft, bei der in Wirklichkeit die

deutsche Presse der rückwärtslosen Preisbildung der
Sindrikate ausgesetzt ist. Die Papierfabriken schänden sich an, den Preis, der schon im
Januar auf das Fünfunddreißigfache des Friedenspreises ge-
stiegen war, für die

nächste Zeit auf das Fünfundsechzigfache
des Friedenspreises zu erhöhen. Das übersteigt alles, was selbst
in diesen Zeiten der Zerrung dazugewesen ist, wenn man be-
denkt, um welche Mengen Druckpapier es sich handelt und welche
normale Gewinne aus dem Holzstoff und dem Zellstoff und dem
Papier herausgewirtschaftet werden.

Die Notlage der Presse ist seit langem von Regierung und
Parlament anerkannt. Zu den ungeheuren, ganz plötzlich und
in noch nie dagewesenem Umfang eintretenden, unerschwing-
lichen Verteuerungen des Papiers kommen wieder enorme neue
Lasten für alle anderen Materialien, Löhne und Gehälter.

Diese Lasten sind nicht mehr zu ertragen.
Es steht zu befürchten, daß von heute auf morgen Still-
legungen großer Betriebe eintreten. Unumgänglich erscheint
allerdings eine

Scharfe Einschränkung der gesamten Betriebe.

In letzter Stunde erheben die Herausgeber der deutschen
Tageszeitungen ihre warnende Stimme angesichts einer Ge-
fahr, die nicht nur eine große Gruppe von Privatunternehmungen
von deren Lebensfähigkeit und dringender Notwendigkeit man
sich leider erst überzeugen wird, wenn es zu spät ist. Schon
demnach die deutsche Presse fast keine Auslandsvertriebe zu un-
terhalten. Schon reisen geschäftliche Agenten von Ort zu Ort,
um nicht nur große, sondern selbst mittlere und kleinere Zei-
tungen zu „retten“ auf eine Weise, die sie

in die Hörigkeit unbekannter Mächte und fremdländischen
Kapitals

bringen wird. Schon wird die öffentliche Meinung auf eine
ganzlich unkontrollierbare Weise beeinflusst durch Massenfabri-
kation von fertigegelesen, für billiges Geld gestellten Ar-
tikeln und ganzen Zeitungsplatten gleicher Art, die das deutsche
Schrifttum und die Freiheit der deutschen Meinung, die Wei-
nungsbildung überhaupt, unterdrücken.

Wir fordern die Reichsregierung, den Reichstag, die par-
lamentarischen Körperschaften in den Ländern auf, an die
Stelle der Verteuerungen ihrer hohen Meinung von der Presse
und der platonischen Einsicht in die Dinge die Tat treten zu
lassen. Wir fordern

strengeste Maßregeln dagegen, daß die deutsche Presse ge-
wunden ausgebeutet wird einer grenzenlosen Preisstrei-
erei und Monopolwirtschaft auf dem Gebiete des Holz-
stoffes, aller Vorprodukte des Papiers.

Wir fordern die

Spernung der Ausfuhr von Papier und Zellstoff,
solange nicht das Papier für die deutsche Presse zu erträglichen
Preisen sichergestellt ist.

Wir fordern ferner die
Aufhebung und künftige Unterlassung jeder Sonder-
besteuerung der Presse.

Die Zeitungsleser machen wir darauf aufmerksam, daß die
Wenig- und Angebotspreise, die in den Zeitungen für den
1. April angekündigt werden, ausnahmslos nicht einmal die
Kosten des Papiers decken, und daß daher für sämtliche Zeitun-
gen nichts übrig bleiben kann, als auf diesem mißlichen Wege
bis zum Zusammenbruch weiterzugehen oder die Stilllegung
vorzunehmen in den Fällen, in denen die ungeheure Belastungs-
probe nicht einmal mehr auf Wochen auszuhalten ist.

Die
Verantwortung für die Folgen der Einschränkung und
Stilllegung von Betrieben

müssen die deutschen Zeitungsverleger ebenso ablehnen, wie die
dadurch entstehende Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Die
Verantwortung dafür tragen allein diejenigen, die diese Zu-
stände über die Presse verhängen und die es zulassen, daß
Presse und Pressefreiheit willkürlich zugrunde gerichtet werden.

Die Wahrheit über das Steuerkompromiß

V.

Meridings ist es nicht ohne Opfer auf Seiten der So-
zialdemokraten durchgesetzt worden. Wir mühten darin ein-
willigen, daß Einzelheiten der Steuergeetze, auf welche die
Sozialdemokratie Wert legt, wie die Einschränkung des
Grundbesitzes nach dem gemeinen Wert, nicht in das Steuer-
kompromiß einbezogen wurden, sondern der freien Abstim-
mung der Fraktionen anheimgestellt blieben. Ferner mühten
wir leider auf die in der ersten Lesung zugebilligte
Freisetzung der Konsum- u. u. Genossenschaften von der er-
höhten Umsatzsteuer Verzicht leisten. Gegen diese Befrei-
ung hatten die Händlervereine, Handelskammern und ähn-
liche Verbindungen Protest eingelegt, und mit Ausnahme
des Zentrumsgabordneten Schlad, der an der Spitze der
katholischen Konsumgenossenschaften steht, fielen die bürger-
lichen Koalitionsparteien um. Alle Vorhalte unserer Ver-
treter, daß die formale Gleichsetzung der Konsumvereine mit
den freien Händlern faktisch ungleiche Besteuerung der
ersten bedeute, da sie ihre Umlage bis auf den letzten Pfennig
nachweisen, während der freie Handel selten mehr als
60 Prozent angibt, halfen nichts. Die Bürgerlichen, und
ganz besonders der Vertreter der bayerischen Bauerngenos-
senschaften, Herr Seim, bestanden darauf, daß für die Ge-
nossenschaften kein Unterschied im Steuerlast gemacht werde,
und wohl oder übel mußten wir uns darin fügen. Zumal
es den Konsumvereinen nichts genutzt hätte, wenn wir um
dieser Frage willen vom Kompromiß zurückgetreten wären.

Nedes Kompromiß wie überhaupt jede politische Aktion
ist nur dann richtig einzuschlagen, wenn man sich die Frage
vorlegt und beantwortet, was eintreten würde,
wenn sie unterbliebe oder das Gegenteil
geschehe. Das am 26. Januar abgeschlossene Kompromiß
enthält vieles, was uns Sozialdemokraten nicht gefällt.
Aber was wäre geschehen, wenn die Sozialdemokraten es
abgelehnt hätten? Nicht eine einzelne Steuer wäre den Ar-
beitern erspart geblieben. Im Gegenteil, der Besitz
wäre mehr geschont und dadurch das Drucken
von Massen-Papiergeldes, das wie eine
indirekte Steuer wirkt, noch um Milliar-
den gesteigert worden. Gleiches oder wäre es mit
dem Kabinett Wirth vorbei gewesen. So etwas riskiert
man allenfalls, wenn eine für die ganze Politik grund-
legende Frage, wie es auf finanzpolitischem Gebiet die
Frage der Zwangsanleihe war, zur Entscheidung steht; aber
nicht ob einer Spezialfrage, wie wichtig diese unter anderem
Gefichtspunkt auch sein mag.

Mit all seinen Mängeln ist das vorliegende Steuer-
kompromiß und das Einischlagen eines Weges zu gesunder
Finanzpolitik doch das günstigste, das unter den gegebenen
Partei-Verhältnissen zu erzielen möglich war. Niemand ist
weniger berechtigt, der Mehrheitssozialdemokratie einen

Vorwurf daraus zu machen, daß es nicht besser ausgefallen
ist, als die Unabhängigen. Denn niemand hätte es
leichter gehabt, dazu beizutragen, daß dies so geschah, als
sie; sie haben aber das Gegenteil davon getan. Sie haben
die treffliche Arbeit, die ihre Vertreter in den Steuer-
ausschüssen geleistet hatten, durch ihre feistierhafte Ablehnung
jedes Uebereinkommens mit den bürgerlichen Linksparteien
nahezu unwirksam gemacht. Dort, wo die Entscheidung
getroffen werden mußte, haben sie verweigert. Führende Ver-
treter der Unabhängigen sind von leitenden Mitgliedern
unserer Partei über den Gang der Verhandlungen auf dem
laufenden gehalten worden, und als es feststand, auf welcher
Basis ein Kompromiß zu erzielen war, ist offiziell an ihre
Parteileitung die Frage gerichtet worden, ob sie bereit
wären, auf den Boden dieses Kompromisses zu treten. Die
Antwort war ein stolzes Nein. Sie überließen es uns, als
eine Partei gegen drei, den letzten Kampf in diesem Ringen
für eine möglichst gute Steuerpolitik auszufechten, um
hinterher den überlegenen Kritiker zu spielen. Was aber
ist das für eine Politik?

Wir stellen es mit Bedauern fest: die deutsche
Republik käme aus zerrütteten Wirren
nicht heraus, wenn die ganze Sozialdemo-
kratie die Politik triebe, welche die Un-
abhängigen treiben. Diese Politik ist der beständige
innere Widerspruch, Parlamentarismus und Antipar-
lamentarismus, organische Demokratie und Abzelen auf
Diktatur liegt bei ihr in einem Topf. Die Unabhängigen,
als Partei sind auf sozialdemokratischer Seite das Gegen-
stück vor dem, was auf liberaler Seite die Volksparteier
sind. Die Republik kann sich in ihren parlamentarischen
Krisen nicht auf sie verlassen. — Im übrigen zeigt die Ge-
schichte des Steuerkompromisses aufs deutlichste, wie falsch
diejenigen berichtet waren, welche den Beschluß des Gör-
licher Parteitag über die Koalitionsfrage als Vorbote
einer unter der Hand schon vorbereiteten Koalition mit der
Deutschen Volkspartei auslegten. Der Görlicher Beschluß
stellte das Richtmaß auf, an dem die Deutsche Volkspartei
sich messen lassen mußte, wenn sie sich für die Sozialdemo-
kratie koalitionsfähig erweisen wollte. Sie hat das Weichen
lassen. Sie hat noch heute nicht die dort geforderte unwei-
deutige Erklärung abgegeben. Und so ist denn seit Görlich
so wenig wie vor Görlich auch nur mit einer Silbe zwischen
Sozialdemokratie und Deutscher Volkspartei von Koalition
die Rede gewesen.

Die Sozialdemokratische Partei hält die Augen offen.
Sie ist stets bedacht, in praktischer Politik den Erforder-
nissen des Augenblicks gerecht zu werden. So ist sie, das
hat ihr Kampf um das Steuerkompromiß gezeigt, zugleich
die am meisten den Geboten der politischen Vernunft fol-
gende und die wirksamste Hüterin der Inter-
essen des arbeitenden Volkes.

Die Steuervorlagen im Reichstag

Berlin, 16. März. Der Reichstag begann am Donner-
stag mit einer kleinen Sitzung, in der das Gesetz über die
Kündigungsbefristung zugunsten der Schwerbeschädigten
bis zum 1. Oktober 1922 verlängert wird. Er verurteilt dann
die Vorlage über das Branntweinmonopol zur Erledigung
zu bringen, die in der vorigen Sitzung nicht verabschiedet
werden konnte, weil die Kommunisten die Beschlußfähig-
keit des Hauses festgesetzt hatten. Auch diesmal kam man um
wenige Paragraphen weiter. Bei der ersten Abstimmung
sautte das Haus die Kommunistische Fraktion nieder, die die Beschluß-
fähigkeit des Hauses wiederum feststellte. Der Präsi-
dent beantragte eine neue Sitzung für eine Viertelstunde
später an und setzte das Mantelgesetz zu den Steuervorlagen
auf die Tagesordnung, ferner die Branntweinmonopolvor-
lage. In der zweiten Sitzung wurde diese Tagesordnung
jedoch umgestellt, da sich zahlreiche Abgeordnete eingefun-
den hatten und das Haus schließlich beschlußfähig ge-
worden war. Man erledigte daher rasch den Rest des Brannt-
weinmonopols und nahm auch die Entschleunigungen an, die
den Gemeinden die Möglichkeit einer besonderen Abgabe
auf den Trinkbranntwein geben soll. Das von den Kom-
munisten verlangte völlige Alkoholverbot wurde abgelehnt.

Sodann begann die Beratung der Steuer-
vorlagen. Es sind 14 Steuergeetze, die in einem gemein-
samem Mantelgesetz vereinigt sind, durch das der Reichs-
regierung die Ermächtigung gegeben wird, eine Zwangs-
anleihe in Höhe von 1 Milliarde herauszugeben. Die
Mittel dieser Zwangsanleihe dürfen aber nicht mehr für
die Verkehrsankalten des Reiches verwendet werden.

Der neue Reichsfinanzminister Dr. Hermes leitete
die Verhandlungen mit einer Rede ein, in der er ängstlich
vermied, auf Einzelheiten einzugehen. Man merkte ihm
an, daß ihm sein neues Amt noch einen heißen Boden
bietet, auf dem es vorläufig zu gehen heißt, wenn man
nicht straucheln will. Der Minister beschränkte sich darauf,
mit empfehlenden Worten die Vorschläge des Reichstags-
ausschusses zu begleiten. Die einzelnen Steuern streifte er
nur mit kurzen Bemerkungen, wobei er seinem Bedauern
Ausdruck gab, daß die Höhe nicht höher zu fassen waren.
Er unterstrich, daß unsere ganze finanzielle Not eine Folge
des Friedensvertrags ist und daß die 31 Goldmillio-
nen auf die Dauer nicht bezahlt werden
können. Er schloß mit der Bitte rascher Erledigung der
Vorlagen.

Die Aussprache setzte mit einer Rede des Gen. Bern-
stein ein. Gelferrich von den Deutschnationalen ging zu
einem Angriff gegen das Steuerkompromiß und die hinter
ihm stehenden Parteien vor. Er lehnte das Mantelgesetz
ab und forderte die Regierung auf, auch in der auswär-
tigen Politik andere Wege zu gehen wie bisher und stärker
den deutschen Standpunkt zu vertreten. Nach dieser Rede,
die von den Deutschnationalen mit lebhaftem Beifall auf-
genommen wurde, wurden die Verhandlungen am Freitag
vertagt.

Sitzungsbericht

Berlin, 16. März. Am Regierungstisch Dr. Hermes.
Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr. Ein Geset-
entwurf, der die künftige Kündigungsbefristung zugunsten
Schwerbeschädigter bis 1. Oktober 1922 verlängert, wird ange-
nommen.

Die zweite Lesung des Geschenkentwurfs betr. das Brannt-
weinmonopol wird fortgesetzt. — In der vorigen Sitzung war
das Haus über die Abstimmung über § 149 (Bölle) beschlußfähig.
Da auch heute das Haus nur schwach besetzt ist, wird die Ab-
stimmung über § 149 zunächst ausgesetzt.

Abg. Schuch (D.V.) stellt fest, daß der Gärungsstoff nicht
entscheidend werden könnte, schon im Interesse der Wissenschaft nicht.
Abg. Brey (Soz.) erwidert dem Abg. Höllein, daß er von
allen diesen wirtschaftlichen Fragen keine Ahnung habe.
Abg. Höllein (Komm.) erklärt, daß die Fortschritte der chemi-
schen Industrie nicht behindert werden dürfen.

Bei der Abstimmung bezweifelt Abg. Höllein wiederum die
Beschlußfähigkeit des Hauses. Der Präsident stellt fest, daß das
Haus beschlußfähig ist und beraumt um 1/2 Uhr die nächste
Sitzung auf 2 Uhr an mit der Tagesordnung: Mantelgesetz
zu den Steuervorlagen, Branntweinmonopol.

Am Regierungstisch Dr. Hermes; Präsident Lobe er-
öffnet die Sitzung um 2.15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht
an erster Stelle das Mantelgesetz zu den Steuervorlagen, an
zweiter Stelle das Branntweinmonopol.

Abg. Schulz-Gahmen (Soz.) beantragt, die Tagesordnung
umzustellen und die Branntweinmonopolvorlage weiter zu be-
ratern. Der Antrag wird gegen die Kommunisten angenommen.

Die zweite Lesung des Branntweinmonopolgesetzes wird
darauf fortgesetzt. § 149 (Bölle) wird gegen die Kommunisten
und Unabhängigen angenommen. Der Rest der Vorlage ge-
langt ebenfalls im wesentlichen unverändert zur Annahme;
angenommen wird ferner eine Entschleunigung, die ein Gesetz
fordert, das den Gemeinden die Möglichkeit gibt, Abgaben auf
den Trinkbranntwein zu erheben. Ferner soll die Umwandlung
der Vermögensteuern des Monopols in eine Einkommens-
steuer empfohlen werden. Das von den Kommunisten gefor-
derte völlige Alkoholverbot wurde abgelehnt.

Steuervorlagen
Das Haus tritt dann in die Beratung des Geschenkentwurfs
über Änderungen im Finanzwesen ein. Nach § 1 wird die
Reichsregierung für die Kredite, die durch das Reichshaushalts-
gesetz bereitgestellt sind und nicht für die Verkehrsankalten bestimmt
sind, Mittel im Wege einer in den ersten drei Absätzen un-
terschiedlichen Zwangsanleihe in Höhe des Gegenwerts von einer
Milliarde Goldmark stiftlich machen. In § 2 werden dann die
14 neuen Steuergeetze aufgestellt:

Vermögenssteuer, Vermögenszuwachssteuer, Körperschafts-
steuer, Kapitalverkehrssteuer, Umsatzsteuer, Kohlensteuer, Ver-
brauchssteuer, Erhöhung der Bölle, Zundersteuer, Zuckerver-
steuer, Kraftfahrzeugsteuer, Renn-, Wett- und Lotteriesteuer,
Versicherungssteuer und Branntweinmonopolgesetz.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes:
leitet die Beratungen ein. (Er wird von den Kommunisten und
Unabhängigen mit großem Lärm begrüßt; sie rufen: Wo sind
die billigen Weine? Dreimarkweinkäufer. Allgemeine Anruhe.)

Präsident Lobe macht darauf aufmerksam, daß die in den
Zurufen angelegte Anfeindlichkeit in einem Reichstagsaus-
schuß untersucht werden soll.

Der Minister kann darauf keine Rede beginnen. Er weist
darauf hin, daß die Steuerbelastung in keinem Lande einen
solchen Umfang erreicht, wie in Deutschland. In Cannes haben
wir darauf hingewiesen, daß Deutschland stärker belastet ist, als
jedes andere Land. In den Entente-Ländern sieht man das auch
ein, leider aber nicht in Frankreich. Ein Mehr ist heute nach
dem Stand unserer Wirtschaft nicht erträglich. Der Ausweg
ist bemüht gewesen, die neuerlichen Belastungen im Rahmen
des Erträglichsten auszubauen. Die Besteuerung der Nachkriegs-
gewinne ist allerdings beseitigt worden. Bei der geringen finan-
ziellen Bedeutung der Steuer ist das nicht so wichtig. Die große
Vermögenssteuer wird erst 1923 veranlagt werden. (Zuruf bei
den Kommunisten: Also erst 1923 bezahlt werden.) Offenbar
wird die Finanzverwaltung im Jahre 1922 die alten Steuern

aufarbeiten und die neuen Listen bewältigen. Die Veranlagung für 1920 ist im allgemeinen abgeschlossen. Inzwischen hat die Veranlagung für 1921 begonnen und wir hoffen sie rechtzeitig durchführen zu können. Dann wird der regelmäßige Turnus erreicht. Die Eingangslisten auf die Zwangsanleihe können noch im Jahre 1922 beginnen.

Trotz dem Kompromiß ist es gesüßelt, für die schwierige Frage nach dem Verhältnis von Besitz und Verbrauchsteuern die richtige Lösung zu finden. Die Besitzsteuer wird durch die Zwangsanleihe eine harte Belastung erfahren. Es ist nicht fest, daß die Zwangsanleihe ein schweres Opfer soll noch zu einem Teil beizubehalten werden. Die Einkommensteuer (außer die Einkommensteuer) hat die Veranlagung der Steuer der Vermögensgegenstände bei der alte Streitfrage, Ertragswert oder geminderter Wert nicht eine so große Rolle gespielt. Die Ausgestaltung der Zwangsanleihe und die möglichst baldige Eingangsliste muß durch ein besonderes Gesetz sichergestellt werden. Jeder ist bei der Umsatzsteuer der Satz von 2% auf 2 Proz. ermäßigt worden. Bei der Umsatzsteuer soll eine Vereinbarung erfolgen. Bei den Zinsen und Verbrauchsteuern war unser Ziel möglichst hohe Beträge mit geringem Kraftaufwand zu erreichen. Die Veranlagung der Einkommensteuer ist besonders dringlich, weil das bisherige Gesetz am 31. März sein Ende erreicht hat. Es würde eine Lücke entstehen, wenn am 1. April die weitere Veranlagung ausfiel. Dürfen sollen beseitigt werden. Eine Revision der Einkommensteuer war notwendig. An der Erhöhung der Kaffeesteuer muß festgehalten werden. Es ist zu prüfen, ob der Branntwein auch noch durch Gemeindeabgaben belastet werden kann. Bei der Tabaksteuer soll eine Durchschärfung der Steuerfaktoren nach oben durchgeführt werden. Auf die Erhöhung der Zutragsabgabe kann nicht verzichtet werden.

Die neuen Steuern brauchen wir zum größten Teil zur Deckung der Ausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung. Die Reparationslasten müssen immer wieder eine weitere Entwertung der Mark herbeiführen und die Lebenshaltung verteuern, jedoch immer wieder neue Fortschritte an den Lebensstandards heranzuführen. Mittelbar sind diese Steuern durch die Ausgaben zur Ausführung des Friedensvertrages notwendig geworden. Es findet ein Wettlauf zwischen der Steigerung der Preise und der Erhöhung der Lebensbedingungen statt. Abnehmende Kaufkraft wird die jetzige Scheinbilanz der Industrie bald zum Wanken bringen. Der Kurs unserer Mark kann nur von außen her durch eine vernünftige Bemessung unserer Leistungen aus dem Friedensvertrag erfolgen. Der Staatsbedarf muß auf das äußerste zurückgedrängt werden.

Der Minister verweist auf die gewaltigen Leistungen, die Deutschland bereits vollführt hat. Niemand kann an unserer Opferwilligkeit zweifeln. Die Reparationskommission selbst hat die großen bisherigen Leistungen festgestellt, in denen noch nicht die Kosten des Besatzungsheeres und der interalliierten Kommissionen stehen. Der Minister verweist auf die Anlieferung eines Teiles der Handelsstoffe und die Freigabe unserer Kolonien. Die abgetrennten wirtschaftlichen Gebiete lieferten mehr als ein Sechstel des deutschen Exportertrages. Wir sind daher heute gezwungen, zu 2 1/2 Milliarden landwirtschaftliche Erzeugnisse ins Ausland zu kaufen. Die Zahlungen der 31 Milliarden Goldmark alle zehn Tage können nicht mehr lange weiter gehen. (Sehr richtig! Hört, hört!) Der bisherige Schwerezustand muß durch einen endgültigen festen Zustand abgelöst werden. Der Bedarf einer internationalen Zwangsanleihe wird erwogen. Wir müssen an der Gesundung unserer Finanzen arbeiten und äußerste Sparmaßnahmen überlegen. Wenn der Reichstag die neuen Steuerentwürfe verabschiedet, dann handelt er im Interesse des Vaterlandes. Auch die Gegenseite muß zur Einsicht kommen. Schreiere die Vorlage, dann ist es nicht unsere Schuld. Weisheit — großer Varm bei den Unabhängigen und Kommunisten und Juristen.

Abg. Bernheim (Soz.) erklärt, daß seiner Partei die Zustimmung zu den Steuerentwürfen nicht leicht geworden sei, weil in der Hauptsache die Besitzlosen betroffen werden. Aber ein „Rein“ hätte noch Schlimmeres gebracht. Denn die Schwere müssen herangesogen werden, die Wirtschaftslage wird dadurch keinen Schaden erleiden. Die Erfassung der Sachwerte ist der einzige Weg, um den Sturz unserer Mark einzudämmen. Der Redner verweist auf die neue Preiswelle, die zum Himmel schreit. Unter diesen Umständen ist an einen weiteren Abbau der Zwangswirtschaft nicht zu denken. Die Politik des guten Willens ist für Deutschland die beste. Es gilt noch das Wahrsagen darüber zu beseitigen. Das deutsche Volk findet seinen stärksten Rückhalt an der Internationale. (Lachen rechts.)

Abg. Schulz-Bromberg (D.N.) fordert die Anwesenheit des Reichstanzlers, da es sich um außerordentlich wichtige Fragen handelt (in diesem Augenblick erscheint Dr. Birth im Saal).

Vizepräsident Dr. Bell stellt fest, daß der Antrag Schulz-Bromberg nun wohl erledigt sei. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Pfeiffer (D.N.) bemängelt, daß die Regierungsparteien nicht einmal ein beschlußfähiges Haus bilden können, jedoch die Kommunisten während der Beschlußfähigkeit beweisen können. Es ist nicht unsere Pflicht, den Reichstanzler zu sehen, sondern das ist Pflicht der hinter ihm stehenden Partei. Das Steuerkompromiß ist nach monatelangen Verhandlungen zustande gekommen, kann aber nicht als etwas Gutes angesehen werden. Die zahlreichen Mängel dieses Steuerfindes stehen mit etwas besonnenen Mienen um die Wiege herum und jeder möchte dem anderen das Verdienst an dem Zustandekommen dieses Sprödlings überlassen. (Heiterkeit.) Wir stehen diesem Steuerkompromiß mit reinem Gewissen gegenüber. Wir lehnen den Entwurf des Maniokgesetzes ab. Die bürgerlichen Parteien des Kompromisses wollen mit deutsch-nationaler Hilfe die Grundlage in ihrem Sinne regeln, also anders als die Sozialdemokraten. Wir bekämpfen die Regierung wie früher. Wir lehnen das Kompromiß nur deshalb ab, weil es gewissen Forderungen der Partei und Koalitions-Politik angepaßt worden ist. Wir wollen an den Steuern mitarbeiten, um den Reichshaushalt in Ordnung zu bringen. Das vom Finanzminister vorgeschriebene Gleichgewicht des Etats ist eine fata Morgana. Ohne strengste Sparmaßnahmen und Neuregelung der Reparationen kommen wir nicht vorwärts. Hauptsache ist die Wiederherstellung der Staatsautorität. Sie ist in der Hand der gegenwärtigen Regierung nicht aufgehoben. Die Hoffnung, die Reparationen durch laufende Einnahmen zu decken ist gänzlich zusammengebrochen und damit die ganze Erfüllungspolitik des Kabinetts Birth. Der Reichstanzler hat sich selbst zu den Leistungen bekannt und hat damit der Auffassung das Haupthindernis in den Weg gestellt. Er und seine Politik tragen die Schuld. Die Zerkümmertung zahlloser Existenzen wird nötig, um einigermaßen den Wahnheiten der Erfüllungspolitik zu unterfüßen. Die neuen Steuern überschreiten das Maß des Erträglichen und zerreißt die Kapitulation zu Gunsten des Auslandes und der Schieber. Wir lehnen aus innerpolitischen Gründen die einzelnen Vorlagen nicht grundsätzlich ab, sondern werden mitarbeiten. In Frankreich wurde anerkannt, daß die direkte Besteuerung in Deutschland zu schwer ist, während die indirekte aus Populärheitsphoberei vernachlässigt worden sei. Der Redner wandte sich dann gegen die Erhöhung der Kohlensteuer. Der Regierung Birth wäre es sehr lieb gewesen, wenn sie mit unserer Hilfe die Verbrauchssteuern und mit Hilfe der Kommunisten und Unabhängigen die

Beisetzern hätte erhöhen können. Wir haben diese Berechnung durchgesehen. Die sozialdemokratische Politik ist noch bankrotter als die der Regierung. Egegenwald hat neulich mit Recht erklärt, daß die Sozialdemokratie nur bereit sei, wenn sie die Staatsautorität über die Agitation stellen kann (Zustimmung rechts). Abg. Müller-Franken (Soz.): Mindestens das gleiche gilt für Sie! Die Regierung hat es angestrebt, mit uns zu verhandeln, sie hat es aber getan mit den Unabhängigen, obwohl diese nach der Erklärung des Parteichefs Crispian sein deutsches Vaterland kennen (Lachen, lachen). Staat mit uns zusammen zu arbeiten, hat man der Sozialdemokratie Jugendfrühling gemacht. Der Redner fragt die Regierung an, weil sie nichts anderes tue, als täglich 200 Millionen amerikanische Dollars zu kaufen und zu erfüllen. . . . erfüllen . . . erfüllen . . . (Zustimmung rechts). Notwendig ist die Revision des Friedensvertrages und der Reparationen. Die Regierung muß endlich das erlösende Wort finden: Wis hierher und nicht weiter! (Beifall rechts.)

Das Haus verlegt sich auf Freitag 1 Uhr. Weiterberatung, Anticor. Schluß 6 Uhr.

Raus der Partei

Bulak. In einem öffentlichen Vortrag wird am Sonntagabend 8 Uhr in der „Ara“ Gen. Sailer aus Karlsruhe die neue Gemeindeordnung behandelt. Dieses Thema dürfte für Jedermann von Interesse sein, zumal in diesem Jahr Gemeinderahlen stattfinden. Jedermann ist eingeladen, besonders werden aber die Gewählten, jedoch, wahljährig zu erscheinen.

1. März, 16. März. Es ist nochmals auf die Samstagabend 8 Uhr im „Lamm“ stattfindende Parteiverammlung hingewiesen. Genosse K. a. h. Karlsruhe wird einen Vortrag halten über: „Die neue Gemeindeordnung“, die befristlich am 1. April d. h. in Kraft tritt. Es ist notwendig, daß sich unsere Parteimitglieder Aufklärung über dieses wichtige Gesetz verschaffen. Pflicht aller Mitglieder, besonders aber unserer Vertreter auf dem Ratstag ist es also, in dieser Versammlung anwesend zu sein.

Sozialdemokr. Partei Deutschlands

Bezirksverband Baden

Den Sekretären und Ortsvereinsleitungen zur Kenntnis, daß das Material zur Berechnung für das 4. Vierteljahr 1921/22 (Januar — Februar — März 1922) allen Ortsvereinsleitungen zugesandt worden ist.

Die Abrechnungen sind unter Berücksichtigung der neuen Beitragsverrechnung sofort fertigzustellen und an die Adresse Karl S. a. h. Mannheim (R. 3, 1411) einzusenden. Mit der Einreichung der Abrechnung sind gleichzeitig die für die Bezirkskasse bestimmten Geldbeiträge dem Postfachkonto des Bezirksverbandes (Nr. 29 570 in Karlsruhe) zu überweisen.

Mindestens am 31. März 1922 muß der Bezirksverband im Besitz aller Abrechnungen und Geldbeiträge sein, damit an diesem Tage der Rechnungsabluß des Bezirksverbandes Baden für das Geschäftsjahr 1921/22 fertiggestellt werden kann.

Die Sekretäre und Ortsvereinsleitungen wollen deshalb streng darauf sehen, daß sämtliche Ortsvereinsleiter bis zum oben bezeichneten Termin mit der Beitragsliste abgerechnet haben. Ortsvereine, welche trotzdem diesen Termin nicht einhalten, werden in der Parteipresse verurteilt.

Mannheim, den 15. März 1922.
Der Bezirksverband, J. A. Karl S. a. h.

Jugend und Sport

Gruppenkonferenz der Klasse A, Gruppe 3. Am Sonntag, 19. März, vorm. 9 Uhr beginnt, findet in der „Cambrinus“-halle in Karlsruhe eine Gruppenkonferenz statt. Die Spielleiter der Gruppe haben die Pflicht, der wichtigen Tagesordnung wegen vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Konferenz der Landesvorstände des N. D. G. V. und des Afa-Bundes der südwestdeutschen Staaten

(Schluß.) Die sich an den mit Beifall aufgenommenen Vortrag anschließende

Aussprache eröffnete Kollege Thomas-Mainz. Er tritt dafür ein, daß Württemberg zu Baden herangezogen wird. Bei der bayerischen Pfalz muß ebenfalls das wirtschaftliche Interesse maßgebend sein. Er bedauert, daß kein Vertreter von Kreuznach anwesend ist, damit man auch über dessen Anteilung sich aussprechen könne.

Kollege Ritter-Mannheim: Der N. D. G. V. hat sich in Offenbach und Baden-Württemberg mit der Abgrenzung der Bezirkswirtschaftsgebiete befaßt. Bei den Bestimmungen, Rheinland und Westfalen zu vereinigen, ist große Vorsicht geboten. Wir würden dadurch zu einer Diktatur der Wirtschaftszentren kommen. Es ist bitter notwendig, schon wegen der Ernährungswirtschaft, daß wir den Anschluß an Württemberg vollziehen. Bei der Revolution hat bei der Abgrenzung eine politische Flurbereinigung nicht stattgefunden. Selbstverständlich muß die Pfalz hereinbezogen werden. Die Einbringung in die Unternehmerräumen ist erforderlich.

Kollege Groß-Mannheim tritt ebenfalls für die partielle Zusammenfassung der Arbeitsgemeinschaft ein. Der Unterbau und die Abgrenzung der Wirtschaftsgebiete darf nicht zurückgestellt werden. Baden, Württemberg und die Pfalz gehören schon vom verkehrspolitischen Standpunkt zusammen. Den Wirtschaftsverbänden ist beizubehalten, Kraft zu geben.

Kollege Ritter-Stuttgart bedauert, nachdem er die Notwendigkeit des Eindringens in die Unternehmerräumen gekennzeichnet hat, daß die badische Regierung nicht so viel Interesse an der Bedeutung der württembergischen Industrie gezeigt habe, als dies notwendig gewesen wäre. Die Eisen- und Automobilindustrie beider Länder haben sehr viel gemeinsam, so daß sie nicht zu trennen sind. Baden, Württemberg und die Pfalz gehören verkehrspolitisch und aus wirtschaftlichem Interesse zusammen. Die Beziehungen der chemischen Industrie und der Schuhindustrie zu Frankfurt sind nicht so ausschlaggebend.

Kollege Wiesloch-Frankfurt a. M. betont, daß man dort schon im Juli 1920 Stellung zur Abgrenzung nahm. Die Bestimmungen, das besetzte Gebiet zu trennen, wurden als unliebsam empfunden. Es würde dadurch neben der politischen noch eine andere Grenze gezogen. Man einige sich dort auf die Formel, Freistaat Oeffen, Oeffen-Kassau an der Spitze, den bayerischen Nordostzipfel als Frankfurter Wirtschaftsgebiet zu bezeichnen. Später wurde in Erwägung gezogen, Kassel noch hinzuzunehmen, außerdem Koblenz und Trier. Die Beziehungen einiger Industrien der Pfalz zu Frankfurt dürfen keine Veranlassung geben, die Pfalz wirtschaftlich zu vergeralten.

Kollege Ritter-Karlsruhe gibt einen Vorschlag der Großindustrie in der Nähe Stinnes bekannt, der darauf hinausgeht, daß ein Bezirkswirtschaftsrat den Oberberreich umfaßt. Ueber die

Abgrenzung können wir heute noch nicht beschließen, da die ganze Sache noch im Fluss ist. Es kommt nicht auf die Größe der Wirtschaftsgebiete an, wenn wir nicht wissen, was für Aufgaben die Bezirkswirtschaftsräte haben. Die Hauptsache ist, daß eine wirkliche Parität geschaffen wird. Die Ernährungsfrage ist nicht ausschlaggebend bei der Abgrenzung. Daß wir eine so rasche politische Konstellation erhalten haben, verdanken wir den Ländern. Da man Baden und Württemberg zusammenzieht, ist eine Bedeutung. Die Hauptaufgabe ist jetzt, den Unterbau zu schaffen. Kollege Kaiser-Ludwigslohn: Die Pfalz ist seit der Revolution ein beengter Volkstamm. Das rechtsrheinische Baden scheidet für die freien Gewerkschaften und die Industriellen für die Zusammenlegung eines Wirtschaftsgebietes aus. Die christlichen Gewerkschaften vertreten den gemeinsamen Standpunkt. Wir sind für den Anschluß an Baden und Württemberg. Der Redner erklärt seine Vorzügen mit Zahlen, die beweisen, daß die Pfalz mit Baden den größten Verkehr hat.

Kollege Kessler-Darmstadt sprach von einem Plan, den gewisse Kreise gegen um ihre christlichen Interessen zu vertreten. Der darauf geht, die Pfalz mit Trier, Koblenz, Oeffen-Kassau zu einem Wirtschaftsgebiet zu vereinigen und den Sitz nach Mainz zu verlegen.

Kollege Grotz-Borgheln kann die Ansichten von Grotz und Krieger nicht teilen. Baden und Württemberg sind nicht zu trennen. Ausschlaggebend hierfür sind die Verkehrs- und Handelsfragen und die gemeinsamen Elektrizitätswerke. Beim handelspolitisch-wirtschaftlichen Arbeitsbericht ist eine Trennung ausgeschlossen.

Es sprechen noch die Kollegen Reichardt-Ludwigslohn, Tabak-Mannheim, Weiser-Stuttgart, Schreiber-Ludwigslohn, deren Ausführungen sich in ähnlichen Gedankengängen bewegen, als die der Vorredner.

Kollege Grotz konnte zusammenfassend feststellen, daß es eigentlich keine Meinungsverschiedenheit gegeben habe. Ueber Trier, Kreuznach und Koblenz können wir heute nicht bezagen. Die Kollegen in diesen Gebieten müssen selbst urteilen. Wir müssen verhindern, daß die Verständigung zwischen Baden und Württemberg ins Stocken gerät. Mannheim und Ludwigslohn wirtschaftlich zu trennen, ist unmöglich. Dasselbe trifft für Baden und Württemberg zu. Die Frage der Bezirkswirtschaftsräte reißt nicht, wenn wir sie nicht trennen. Es ergab sich einmütig die Auffassung, daß für den Unterbau die partielle Zusammenfassung der Unternehmerräumen erforderlich ist. Die Hauptsache ist für uns die Kontrolle der wirtschaftlichen und sozialen Fragen. Diese Neuerungen müssen wir rasch durchsetzen.

Kollege Grotz stellte in seinem Schlußwort fest, daß er kein Gegner der südwestdeutschen Wirtschaftsverbände (Pfalz, Baden und Württemberg) ist. Er hält persönlich diese nur für zu groß, da er glaubt, daß die Aufgaben der Bezirkswirtschaftsräte zu groß sind. Bei der Ausdrucksweise wurde der Satz nicht erfaßt. Er ersucht den Gedanken der Wirtschaftsverbände, Staat, Reich und Trier mit zu propagieren. Eine starke Zentralregierung müssen wir haben. Es werden noch Monate vergehen, bis die Bezirkswirtschaftsräte beratende Körperschaften geworden sind, es wird noch manchen Kampf folgen, den die Wirtschaftsverbände und dem Reichswirtschaftsrat eine bestimmte Macht zu sichern. Raschgehende Entscheidung fand einstimmige Annahme.

Die Vertreter der Afa und des N. D. G. V. aus Württemberg, Bad., Pfalz, Baden, Oeffen und Oeffen-Kassau nahmen zum Unterbau der Bezirkswirtschaftsräte und zu deren Verbandsabgrenzung wie folgt Stellung:

1. Besondere Arbeitskreise zu schaffen, ist verfehlt. Vielmehr fordern wir, die Landeswirtschafts-, Handwerker- und Handelskammern müssen zu paritätischen Kammern mit Beteiligung der Arbeiter- und Angestelltenräte ausgebaut werden.
2. Die Abgrenzung der Gebietsgrenzen ist am zweckmäßigsten, wenn Württemberg, Bad., Pfalz und Baden einen und Oeffen den anderen Bezirk eines Bezirkswirtschaftsrates bilden.

Kleine badische Chronik

Unterwiesheim, 17. März. Zur Auffassung des Mordes an dem Landwirt Höpflinger hat die Staatsanwaltschaft eine Belohnung von 5000 M ausgesetzt. Heute fand durch Wundarmerke eine Durchsuchung der Wohnung des Landwirts Frey statt. Ueber das Ergebnis ist noch nichts bekannt.

Emmendingen, 16. März. Infall. Als beim „Streichen“ ein Güterzug den Bahnübergang passiert hatte, ging der Bahnwärter hinter dem letzten Wagen nach der Mitte des Ueberweges, um nachzusehen, ob ein von Freiburg stammender Personenzug schon herankomme. In diesem Augenblick wurde von einem Wägen, das ein kleines Kind bei sich führte, die gefüllte Schiene emporgeschoben und beide Kinder hinter dem Bahnwärter und von diesem unbemerkt über den Ueberweg. Im gleichen Augenblick brauste auch der Zug heran. Das ältere Mädchen konnte noch um Saarebreite vor der Lokomotive aus dem Gleis springen, aber das kleine wurde nicht erfasst und weggeschleudert, wobei es mehrere Verletzungen erlitt.

Willingen, 16. März. In der Nähe von Kirnbad ließ sich der 30jährige Steinbrucharbeiter F. Heile von Stodung von einem Zug überfahren und wurde auf der Stelle getötet.

Willingen, 16. März. Einmalig gefaßt. Die zahlreich Einbruchsdiebstähle, die im Sommer und Herbst vorigen Jahres in Burgberg, Ruchberg, Martinsweiler usw. vorgenommen wurden und bisher nicht aufgeklärt werden konnten, werden nunmehr gefaßt werden können. Als Täter dieser Diebstähle und auch der räuberischen Exzessionsverbrechen im Januar d. J. wurde der 21 Jahre alte ledige Fabrikarbeiter Karl Z. a. l. e. von Kocherhof verhaftet, der auch die Tat an sich selbst getan hat.

Altenbach, 16. März. Gefaßte Diebe. Beim Eintreffen eines Frühluges auf der hiesigen Station wurden vom Bahnpersonal drei verdächtige Personen beobachtet, die große Pakete unter dem Arm trugen und auf der verbotenen Seite den Zug bestiegen. Sie wurden zur Rede gestellt, einer von ihnen festgehalten und ihm das Paket abgenommen; der zweite stellte sich in Eigen gefaßt, während der dritte entkam. Dabei stellte sich heraus, daß der Inhalt der Pakete aus Reinwandbänden bestand, welche die Gauner bei einem Einbruch in die Güterhalle Reichenan erbeutet hatten.

Reich, 16. März. Die Gendarmerie hat den 17jährigen Diensthilfs Mathias Becker und dessen Stiefbruder Wolf unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet. Man nimmt an, daß Becker aus Rache das Haus des Landwirts Reicher in Brand gesetzt hat, das bekanntlich auch eingestürzt worden ist.

Parteigenossen und Leser des „Volksfreund“
Berücksichtigt bei euren Einkäufen die
Geschäftliche Rundschau!
Kauft nur bei den Geschäftsleuten
die eure Presse mit Anzeigen unterstützen!

Pfannkuch & Co.
Spezialhaus für Lebensmittel
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen
Karlsruhe-Pforzheim u. Um-
gebung
Beachten Sie unsere Tagesinserate!

Süddeutsche Disconto-
gesellschaft A. G.
Filiale Karlsruhe
Kaiserstrasse 146 gegenüber der Hauptpost.

Bankhaus Veit L. Homburger
Karlsruhe
Karlstraße 11
Telephon 35, 36, 208, 4835, 4886.

Badische Bank
Mannheim — Karlsruhe
Hinterlegungsstelle f. Mündelvermögen.

Stärk- und Hauswäsche jeder Art
Wäscherei Bardusch
Filiale Karlsruhe Kreuzstr. 7, Teleph. 2101
Burlach, Sch. Obstr. 3, Ettlingen, Teleph. 61

Beste Bezugsquelle für Zuckerwaren
Verkauf nur an Wiederverkäufer
Spezialität: „Aeska-Karamellen“

Adolf Speck, Zuckerware-Fabrik
Karlsruhe i. B.

Die Fabrik Els.-Bad. Konserven
Flach & Co., m. b. H.
KARLSRUHE
stellt her:
Obstkonserven, Marmeladen, Frucht-
säfte in guter Qualität.

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs Dauer-Fahrplan **A.**
Musterschutz

Christ. Oertel
Kaiserstrasse 101-3
Wäsche- und Betten-Ausstattungen

Ornstein & Schwarz
Kaiser-u. Kreuzstr. Ecke
Billigste Bezugsquelle für Herren- und Knabenbekleidung.

LAUTERBERG CIGARETTEN
DIE MARKE FÜR KENNER

Karlsruher Lebensversicherung
auf Gegenseitigkeit.
Versicherungsbestand:
1 Milliarde 700 Millionen Mark
Neue Tarife mit niedrig. Prämien.
Versicherung ohne Untersuchung

Abfahrt in Richtung:

Pforzheim	Bruchsal-Heidelberg	Schwetzingen-Mannheim	Ettlingen-Rastatt	Durmersh.-Rastatt	Maxau-Pfalz	Eppingen
Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.
W 1:15	W 1:30	W 1:45	W 2:00	W 2:15	W 2:30	W 2:45
D 2:30	D 2:45	D 3:00	D 3:15	D 3:30	D 3:45	D 4:00
W 3:00	W 3:15	W 3:30	W 3:45	W 4:00	W 4:15	W 4:30
8:00	8:15	8:30	8:45	9:00	9:15	9:30
10:00	10:15	10:30	10:45	11:00	11:15	11:30

Ankunft in Richtung:

Pforzheim	Heidelberg	Mannheim	Rastatt-Ettlingen	Durmersh.-Rastatt	Pfalz-Maxau	Eppingen
Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.
8:15	8:30	8:45	9:00	9:15	9:30	9:45
9:15	9:30	9:45	10:00	10:15	10:30	10:45
11:15	11:30	11:45	12:00	12:15	12:30	12:45

Möbelkaufhaus Gust. Friedrichs
Markgrafenstr. 24 und Kronenstr. 40 (ehem. Hotel Geist).

Geschw. KNOPF KARLSRUHE
Badens größtes Kaufhaus für alle Artikel
des täglichen Bedarfs

Bankhaus Straus & Co.
Friedrichsplatz 1.

V. Heupel
Schirmfabrik G. m. b. H.
Regen- und Sonnen-Schirme, Spazier-Stöcke
Kaiserstrasse 201 — Telephon 4854 — Fabrik: Heerenstraße 46.

Christian Kiefer
Kohlen · Koks · Briketts · Holzkohlen
Karlsruhe i. B.

Spiegel & Wels Nachf.
Telephon 1052 KAISERSTRASSE 166 bei der Hauptpost
Grosses Spezial-Geschäft für beste
Herren- und Knaben-Kleidung
fertig und nach Mass.

Aretz & Co., Gummiwarenhaus
Krankenpflege-Artikel — Linoleum
Wachstuche
Kaiserstrasse 215 — Telephon 210

Hotels, Cafés, Vergnügen
Casta. z. Gold. Hirsch, Kaisersir. 129 Altbek. gut
bzgl. Speise-restaurant, reichh. Mittags- u. Abendisch. eig.
Schlichterei, t. g. alle Sort. hausw. Wurstwaren

CAFÉ BAUER
Täglich Künstler-Konzert
Violin-Virtuose Dolezel

August Erb, Kaiserstr. 115, Tel. 2658
kurz, Weiss-, woll- und Modewaren
Adolf Kahn, Rheinstraße 16
Manufaktur und Weisswaren
An- und Verkauf Levy
Markgrafenstr. 27 — Telephon Nr. 2015
Kleid 7, Stiefel, Möbel, Antiquitäten, Schmuckwa-
ren etc.

August Mayer, Karl-Friedrichstraße 6
Weisswaren — Gross- und Klein-Verkauf
C. Frohmüller, Karlsruhe i. B., Samen-
Inh.: Camill Hans Klasterer
Am Ludwigsplatz — Telephon 5435.
Lebens- u. Genußmittel, Zigarren

Spezial-Kofferhaus
Geschw. Sämmler
Kronenstrasse 51
Reisekoffer, Lederwaren, Damentaschen usw.

Adolf Stein Nachf.
Inh.: J. Weiss
Spezialhaus für Herren- u. Junglingsbekleidung
fertig und nach Mass
Kaiserstraße 233, Ecke Hirschstraße
I. Etage — Telephon 1860.

L. Weingand, Putz- und Modewaren
Philippstr. 1, gegenüber der Kath. Kirche.
S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137
Spezialhaus für Damen- u. Kinderhüte
Geschw. Gutmann, Kaiserstr. 122
Damenhüte — Modewaren.

Gebr. Ettlenger
Spezialhaus für Besätze und Spitzen
und sämtliche Zutaten für die Damenschneiderei.
Handschuhe, Strümpfe,
—: Wollwaren, Kinder-Ausstattung. —:

Reserviert für
L. Mayer, Baden-Baden.

Leonhard Gretz Schneider-
Karlsruhe, Marienstr. 27
Großes Lager fertiger Herren- u. Knabenkleider
sowie neuester Stoffe zur Massanfertigung.

Gebr. Hensel
Großschlächtere, Fleischwarenfabrik
Telephon 71 und 571

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe i. G. m. b. H.
33 Verkaufsstellen für Kolonial-Waren in
Karlsruhe und Ettlingen. — 1 Verkaufsstelle
für Schuhwaren. — Eigene Bäckerei, Weine,
Biere, Holz und Kohlen.

**Friedr. Blos, Praktische Geschenkartikel,
Leder- und Parfümerien, Kaiserstrasse 104.**
Ausstellung Ecke Kaiser- und Durlachstrasse (Hauptpost)

Karl Fuchs, Kaiserstr. 205 I.
2750 Teleph. 2750
Feine Herrenschneiderei
Sportbekleidung und Livree
Reichhaltiges Lager In- und Auslandsstoffe.

Leipheimer & Mende
Spezialgeschäft für
Manufakturwaren

Adolf Steiner
Wein-Großhandlung
Brantweinbrennerei
Karlstrasse 22 — Telephon 1880

Möbelhaus Gebr. Karrer
Hauptlager: Karlsruhe-Bühlberg, Philippstrasse Nr. 18

W. Boländer
Spezialhaus für
Bekleidung u. Ausstattung

STRUMPF-HAUS
Rudolf Wieser
Kaiserstr. 153 — Telephon 740

Marellis "das Merkwort"
für hochwertige Qualitäts-Zigaretten!

Nähmaschinen in höchster Vollendung
und Leistungsfähigkeit
Nähmaschinen-Excella G. m. b. H.
Ecke Mühlburger Tor/Westendstraße.

Eugen Löw-Hölzle
Kaiserstraße 187
Schuhwaren.

A. Iwanier Kriegsstrasse 68, II. Stock
Manufakturwaren und Aus-
stattungsartikel zu enorm billigen Preisen

**Carl Strödel, Nähnmaschinen, Fahrräder,
Reparaturwerkstätte, Kaiserstrasse 179.**

**Carl Strödel, Nähnmaschinen, Fahrräder,
Reparaturwerkstätte, Kaiserstrasse 179.**

Wilh. Rinkler Fa. Carl Frey,
Kaiserstr. 99 — Herrenartikel — Telephon 3225

A. Wolf, Kaiserstr. 49, Tel. 384
Manufakturwaren Damenkonfektion
Anfertigung von Betten.

**Paul Hügel, Seiltanz-
str. 11, Arbeiterwohnhaus
jeder Art, Familienzuges,
kurz-, Weiss- 111 Filialwaren.**

J. Ettlenger & Wormser, Karlsruhe/Baden.
Telephon 5, 14, 23, 812. —: Eisen, Eisenwaren und Messing.

Emil Feißkohl —: Uhren · Goldwaren
Kaiserstrasse 67

**Heinrich Schlerf Nachf., Schenertücher,
Kurzwaren für Wiederverkäufer**

Josef Moser, Kaiserstr. 307,
Spezialgeschäft für Büroeinrichtung u. Bürobedarf
Telephon 3172. Verkaufsstellen: Kohl- u. Bld., Ludwigsplatz u. Bld.

Rosentfeld & Co. Neureuter-
strasse 5
Eisen — Metall — Großhandlung

J. Hiller, Waldstr. 24
Bürsten, Schenertücher,
Kurzwaren für Wiederverkäufer

**Heinrich Schlerf Nachf., Schenertücher,
Kurzwaren für Wiederverkäufer**

Josef Moser, Kaiserstr. 307,
Spezialgeschäft für Büroeinrichtung u. Bürobedarf
Telephon 3172. Verkaufsstellen: Kohl- u. Bld., Ludwigsplatz u. Bld.

S. Krämer, Möbel- und Bettenhaus
Kaiserstr. 30, Telephon 4208.
Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küche, Diwan und alle
Sorten einzelne Möbel. Billigste Preise.
—: Gültige rechte Bedienung. —:

**Heinrich Schlerf Nachf., Schenertücher,
Kurzwaren für Wiederverkäufer**

**Heinrich Schlerf Nachf., Schenertücher,
Kurzwaren für Wiederverkäufer**

Josef Moser, Kaiserstr. 307,
Spezialgeschäft für Büroeinrichtung u. Bürobedarf
Telephon 3172. Verkaufsstellen: Kohl- u. Bld., Ludwigsplatz u. Bld.

Holz-Gutmann, Kaiserstr. 109
Übernahme kompl. Wohnungs-Einrichtungen

**Heinrich Schlerf Nachf., Schenertücher,
Kurzwaren für Wiederverkäufer**

**Heinrich Schlerf Nachf., Schenertücher,
Kurzwaren für Wiederverkäufer**

Josef Moser, Kaiserstr. 307,
Spezialgeschäft für Büroeinrichtung u. Bürobedarf
Telephon 3172. Verkaufsstellen: Kohl- u. Bld., Ludwigsplatz u. Bld.

**Gebr. Kaufmann, Furniergroßhandlung,
Gottesauerstraße 30. — Telephon 5429**

**Heinrich Schlerf Nachf., Schenertücher,
Kurzwaren für Wiederverkäufer**

**Heinrich Schlerf Nachf., Schenertücher,
Kurzwaren für Wiederverkäufer**

Josef Moser, Kaiserstr. 307,
Spezialgeschäft für Büroeinrichtung u. Bürobedarf
Telephon 3172. Verkaufsstellen: Kohl- u. Bld., Ludwigsplatz u. Bld.

Fritz Müller Musikalien - Handlung
Instrumente
Kaiserstr. Ecke Waldstr.

Daniels Konfektionshaus
 Keine Ladenspeisen. Keine Personalspeisen.
 Tel. 1846. Karlsruhe, Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
 Kostüme . . . Mk. 240.—, 335.—
 . . . Mk. 390.—, 480.— usw.
 Kostümröcke . . . Mk. 52.— an
 Waschkleider . . . „ 150.— „
 Rips-Covercoat-Tuchmäntel
 Seidenmäntel, Strickjacken, Jumper.

Aufruf.

Am 10., 11. und 12. April ds. Js., findet hier die diesjährige, 31. Sitzung der Badischen Lehrerversammlung statt. Die Sitzungen werden am 10. und 11. April der Reihe nach abgehalten. Die Sitzungen sind für die Mitglieder der Lehrervereine und ferner am 6. und 7. Mai der Reihe nach abgehalten. Die Sitzungen sind für die Mitglieder der Lehrervereine und ferner am 6. und 7. Mai der Reihe nach abgehalten.

Privatquartiere

Bereit zu stellen und zwar für den Lehrerehepaar bis zum 11. auf 12. April und für den Lehrerehepaar bis zum 11. auf 12. April und für den Lehrerehepaar bis zum 11. auf 12. April.

Gemälde-Galerie Janfen
 Karlsruhe
 Ständige Ausstellung
 v. Werken bildender Künste
 Geöffnet von 9 Uhr morgens
 bis 5 Uhr abends.
 Eintritt frei! Telefon 2361.

Landestheater.
 8 1/2 Uhr, 10 1/2 Uhr, 8 Uhr.
Konzerttheater.
 7-10 Uhr
Volksbühne II 3
Der Pfarrer von Kirchfeld.

Badisches Landestheater. Im Landes-
 theater. Sa. 18. * Judith. 6 1/2 (25.—), Th.
 7 1/2 (30.—), Mo. 20. * Kette. 7 (25.—), Th.
 8 (30.—), Di. 21. * Die Fledermaus. 7 (40.—),
 Th. 8 (45.—), Mi. 22. * Die Fledermaus. 7 (40.—),
 Th. 8 (45.—), Do. 23. * Die Fledermaus. 7 (40.—),
 Th. 8 (45.—), Fr. 24. * Die Fledermaus. 7 (40.—),
 Th. 8 (45.—), Sa. 25. * Die Fledermaus. 7 (40.—),
 Th. 8 (45.—), So. 26. * Die Fledermaus. 7 (40.—),
 Th. 8 (45.—).

Konzerttheater
Badische Lichtspiele
 jeweils 6 Uhr nachm. u. 8 1/2 Uhr abends
 Samstag, den 18. Montag, den 20.
 Mittwoch, den 22. März
Uns Nordkap in's nördl. Eismeer
 (Mit deutschen Minensuchern)
 — zur Murman-Küste —
 Mit der Jungfrau in's ewige Eis.
 Der Flachs und seine Veredelung.
 Sköppels Abenteuer (Scherzfilm).
Verkaufsstellen wie bekannt
 siehe Anschlagtafel

S. Rosenbusch
Damen-Hüte
 Kaisersstrasse 137 * Karlsruhe * am Marktplatz
 zeigt seine
**Neuheiten von Damen-, Mädchen-
 und Kinder-Hüten**
 an.

Städtische Straßenbahn Karlsruhe.
 Vom Samstag, den 18. März 1922 ab erhöhen sich die Fahrpreise wie folgt:

Fahrtkarte	Fahrtkarte	Monatskarten	Schülerwochenarten für 2 Fahrten t. 4 Fahrten t.
bis 2 Zettl. 15.— 9RT. (12 Scheine)	bis 2 Zettl. 10.— 9RT. (12 Scheine)	bis 6 Zettl. 100.— 9RT. (12 Scheine)	bis 5 Zettl. 6.— 9RT. (12 Scheine)
bis 5 Zettl. 2.— 9RT. über 5 Zettl. 3.— 9RT.	bis 5 Zettl. 20.— 9RT. (12 Scheine)	bis 6 Zettl. 130.— 9RT. (12 Scheine)	bis 5 Zettl. 7.— 9RT. (12 Scheine)
	bis 5 Zettl. 30.— 9RT. (12 Scheine)	bis 9 Zettl. 170.— 9RT. (12 Scheine)	bis 5 Zettl. 9.— 9RT. (12 Scheine)
	bis 5 Zettl. 20.— 9RT. (8 Scheine)	ganzes Reg. 240.— 9RT.	

Die Preise für Schülerwochenarten werden entsprechend denen der Schülerwochenarten erhöht.
 Der Preis von Monatskarten für Kriegsbefähigte erhöht sich auf 55 RT.
 Sämtliche vor dem 18. März 1922 gelösten Fahrkarten gelten weiterhin am 18. April 1922 benutzt werden und verlieren dann ihre Gültigkeit.
 Karlsruhe, den 16. März 1922.
 Städtisches Bahnamt. 539

Unser Präsident
Herr Fabrikant
Leopold Kölsch
 Mitglied des Eisenbahnrates u. des Verwaltungsrates der Reichszentrale für Deutsche Verkehrswerbung
 ist am 14. ds. Mts. unerwartet rasch gestorben.
 Wir verlieren in dem Entschlafenen einen hervorragenden Vertreter unserer gemeinnützigen Interessen. In der bald freijährigen Tätigkeit als Vorsitzender des Verbandes hat er es in vorzüglicher Weise verstanden, sein reiches Wissen und seine vielseitige Erfahrung im Dienst unserer Sache zum Besten des Badnerlandes zu verwerten. Mit seinem lauterem Charakter und mit seiner zielbewußten Führung hat er sich größte Achtung und unbegrenzte persönliche Zuneigung erworben. Sein Verlust ist für unsern Verband unermesslich. Wir werden dem viel zu früh Dahingegangenen ein stets dankbares Gedeken bewahren.
 2974
 Karlsruhe, den 15. März 1922.
Badischer Verkehrsverband
 Der geschäftsleitende Vorstand.

Trauerhüte
 in jeder Preislage stets vorrätig
S. Rosenbusch, Kaisersstr. 137.

Schirm-Reparaturen
 aller Art werden schnell, fachmännisch u. billig ausgeführt bei
W. Kretschmar Nachfolger
 Karlsruhe, Schirmfabrik, Kaisersstr. 82a.

**Reparaturen an Agren, Gold-
 und Silberwaren**
Carl Zepfel, Uhrmacher, Morgenstr. 12.
DRUCKSACHEN
ALLER ART
 für Behörden, Handel u. Gewerbe sowie privaten Bedarf sofort in geschmackvoller u. preiswerter Ausführung in:
 • Schwarz- und Buntdruck •
Buchdruckerei „Volksfreund“
 Karlsruhe • Geck & Cie. Luisenstr. 24

Ata
 Henkel's
Scheuerpulver
 putzt reinigt Alles!
 Ata eignet sich für alle Küchengeräte besonders auch für Ofen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden.
 Hersteller: Henkel & C^o Düsseldorf.

Durlacher Anzeigen.
Brennholz-Versorgung.
 Zum Vollzug des Erlasses des Ministeriums des Innern vom 23. 2. 22 hat die Forstverwaltung des Ministeriums der Finanzen unterm 25. 2. 22 angeordnet, daß das Brennholz aus den Staatswaldungen künftig freihändig abzugeben ist und zwar grundsätzlich unmittelbar an die badischen Bedarfsstellen. Die Empfangsgemeinden sind verpflichtet zu verpflichten, das angeforderte Holz unter besonderer Berücksichtigung des landwirtschaftlichen Teils der Bevölkerung unter die ortsanfälligen Verbraucher zu verteilen. Sämtliche Verträge und industrielle Betriebe sollen bei der Verteilung ausgeschlossen werden. Dem Weiterverkauf sind die formlich festgelegten Höchstpreise zugrunde zu legen.
 Aus den Staatswaldungen des bad. Forstamts Durlach steht danach noch eine beschränkte Menge Brennholz für die Stadtgemeinde Durlach zum Preise von 300 bis 400 Mark je Ster Buchenscheiter 2 Kl. zur Verfügung. Darüberhinaus soll wie früher versucht werden, Holz aus auswärtigen Bezirken zu erhalten.
 Zur Erlangung einer Unterlage für den im kommenden Winter in Frage kommenden Bedarf erlauben wir diejenigen Einwohner von Durlach (einst. Stadtteil) die sich bei den bisherigen Versteigerungen oder durch den freien Holzhandel noch nicht eingebildet haben, ihren nötigen Bedarf spätestens bis zum 25. März 1922 bei uns während der Geschäftsstunden (7—12 Uhr) am Samstag 7—12 Uhr) anzumelden. Später eingehende Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.
 Eine nochmalige Anmeldung derjenigen Minderbemittelten, die sich auf Grund der Bekanntmachung des Gemeinderats vom 2. 2. 22 Durlacher Tageblatt vom 2. 2. 22 bereits beim Bürgermeisteramt angemeldet haben, ist nicht erforderlich. Als Ausweis ist bei der Anmeldung das Kohlenmaß vorzulegen und anzugeben, ob Bezug ab Durlacher Waldung oder ab auswärtig (kurz gefügt) gewünscht wird.
 Die Anmelder sind verpflichtet, das Holz bis zur Höhe der angemeldeten Menge und zu den festgesetzten aufzubehalten. Sämtliche Kosten innerhalb der noch bekanntgegebenen Frist abzunehmen, andernfalls die Stadt berechtigt ist, das Holz um jeden Preis anderweitig abzusetzen und die betreffenden Anmelder für einen eventuellen Mindererlös haftbar zu machen. Eine Retention der angemeldeten bzw. erteilten Menge bleibt vorbehalten.
 Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß die Möglichkeit für jedermann besteht, seinen Brennholzbedarf im Wege des freien Holzhandels zu decken.
 Durlach, den 17. März 1922.
 Ortsstellenstelle.

Rath ein gutes Bild
 Postkarten 12 St. 4.70—
 90.— 120.—
 Brautbilder 6 Stück 95.— 140.— 220.—
 Vergrößerungen 75.— 100.— 145.— 230.—
F. Umhauer Kaiser-
Allee 103
 Durlach, jüngerer

**Fahrrad-
 mechaniker**
 sofort gefügt.
Rudolf Reith, Mech.,
 Bahl (Baden). 1219

Gesucht
**tüchtige Fabrik-
 blechler** sowie
Metallbrücker,
Eisendreher auf
Werkzeuge,
 gut eingearbeitete Leute zum baldmöglichsten Eintritt. 1248
Metallwaren-Fabrik
P. Guetzlag,
 Appenheim i. B.

Baden-Baden.
Wasser, Gas- und Strompreise.
 Gemäß des Stadtratsbeschlusses vom 14. März ds. Js. werden die Wasser-, Gas- und Strompreise mit Wirkung von der Aufnahme der Meter- bzw. Jährrände Ende Februar/Anfang März 1922 ab wie folgt festgelegt:
 Wasser . . . je cbm 2 M.
 Gas . . . je cbm 6.40 M. (4.40 M. + 2 M. Saartohlenzuschlag)
 Lichtstrom . . . je kwst 10 M.
 Kraftstrom . . . je kwst 7 M.
 Betriebsamt.

Gaspreis.
 Gemäß des Stadtratsbeschlusses vom 14. März 1922 wird mit sofortiger Wirkung der Preis für den Zentner Gas (Gas- oder Kupf) auf 70 M. ab Gaswerksleistung festgesetzt. 536

Handwerkskammerbeiträge
 Die von der Stadtgemeinde zu leistenden Beiträge zur Handwerkskammer Karlsruhe sollen von den Handwerkern rückbezahlt werden. Das Verzeichnis der für das Kalenderjahr 1922 beitragspflichtigen Betriebe, aufgestellt von der Handwerkskammer Karlsruhe nach dem Stand vom 1. 10. 1921 und enthaltend die Schuldscheine der Betriebeinhaber, liegt zur Einsicht der Beteiligten während 2 Wochen vom Donnerstag den 16. 3. 22 bei der Hb. Wirtschaftl. (Rathaus Zimmer 21) offen. Gegen die Herausgabe des Verzeichnisses gegen die Feststellung der Zahl der Betriebsstätten oder gegen die Berechnung des Beitragsanteils ist unbeschadet der beim Vorliegen des Verzeichnisses einzulegenden Verwaltungsverfahren Klage — Beschwerde a. d. Verwaltungsbehörde — nicht zugelassen; die Beschwerde ist unter Angabe der einzelnen Beschwerdepunkte schriftlich an den Stadtrat zu richten. Die Entscheidung des Verwaltungsamts kann binnen 2 Wochen durch Beschwerde bei dem Ministerium des Innern angefochten werden. Sämtliche der Offenlegungspflicht und Beschwerde nicht mehr zulässig. Betriebsinhaber sind jodann entgeltlich beizutragen.
 Baden-Baden, den 14. März 1922.
 Der Stadtrat

Bruchsaler Anzeigen.
Zwei Leigentäger-Stellen
 sind zu besetzen. Geeignete Bewerber wollen sich alsbald schriftlich melden.
 Bruchsal, den 13. März 1922.
 Stadtrat.
 Dr. W e i t z e r. Etzhauer.

Konsumverein für Bruchsal u. Umgeg.
 angetr. Genossensch. mit beschr. Haftpflicht.
 Größtes Kolonialwaren-Geschäft am Platz. — Eigene Sparkasse. — Verkauf nur an Mitglieder. — 30% der Bruchsaler Bevölkerung Mitglied des Konsum-Vereins. — Geschäftsanteil 200 Mark. — Eintritt 1 Mark. (1045

Apollo-Lichtspiele

16 Marienstrasse 16

Ab heute Freitag nachm. 4 Uhr
Der grosse Wettstreit der berühmten
Filmkünstlerinnen Henny Porten, Lotte
Neumann, Käthe Dorsch, Lucie Hofflich,
Erika Glüssner.

Als erste
Henny Porten



Hintertreppe

Der trübe Dornenfad eines Dienst-
mädchens.

Die Tragödie der Armut in 4 grossen Akt.
Nur eine Henny Porten kann uns die
Armut schildern; tiefergreifend wird
man sich der Tränen nicht erwehren
können. Aus den aufgefundenen Briefen
aus der Hinterlassenschaft hergestellt.

Wetter:
Der atembrende Kriminalschlager:
Das gestohlene Millionenrezept.

Der König der Diebe
in 6 grossen Akten.
Wildbewegt rasende Verfolgung des
Königs der Diebe habhaft zu werden,
bis es dem berühmten amerikanischen
Detektiv John Hutter gelingt, denselben
unabdinglich zu machen.

ERIKA GLAESSNER
Der überaus tolle Lachschlager:
Die Spielratten
in 3 Akten. 2979

Die übrigen Künstlerinnen folgen.
Dieser Spielplan wird eine grosse
Sensation bilden.
Wir erwarten zahlreichen Besuch.

Die Neuheiten

Kleiderstoffen und Damen-Konfektion

sind in reicher Auswahl eingetroffen.

Schnittmuster
„Die Neueste Deutsche Mode.“
W. Boländer

1. Abt. Sport-Klub Germania- Sportfreunde Karlsruhe.



Geschäftsstelle:
Kapellenstr. 12
Lokal: „Grüner Baum“
am Durlachertor.

Samstag, 18. März,
abends 8 Uhr,
findet im Lokal „Grüner
Baum“ unsere

Monats-Versammlung
statt. Um vollzähliges
Erscheinen wird gebet.

Voranzeige.
Samstag, d. 25. März,
Varleté-Abend

im „Friedrichshof“
mit Städtewettkampf
im Ringen, Karlsruher
Pilsener-Bräu-
zungen.

Den Mitgliedern, so-
wie Freunden des
Sports zur Kenntnis,
daß die Schüler- und
Jugend-Abteilung je-
weils Dienstag und
Freitag von 7-8 Uhr
Übungsstunde hat.
Es wird gebeten, alle
Jugendliche pünktlich
zur Übung zu sende.
Der Vorstand.

Arbeiter-Turn- und Sport-Verein Brünwettersbach.

Am Samstag, den 18. März, abends 8 Uhr,
im Gasthaus zum „Nöler“

Berufssammlung.

Gruppenleiter und Stabführer Turngenosse
Eckstein spricht über das Thema:
„Wert u. Nutzen des Turnens, Spiels u. Sports“
worauf die Mitglieder, Parteigenossen und Volksgenossen
freundschaftlich eingeladen werden.

Termin:
Mittwoch, den 22. März, abends 8 Uhr,
Wiederbeginn der Turnstunden der Turnfrauen.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Solidarität“ Karlsruhe.

Samstag, 19. März,
findet im Lokalitäten „Zur Waghalla“,
Mugartenstraße 27, ein

Jugend-Abend

statt bestehend im Kunst- und Weisefahren,
Rad-Pyramiden, Waddballspiel, Theater,
Rekitation und Musikvorträgen.
Das Programm wird nur von Jugendlichen
betrieben. Die ganze Veranstaltung dient einem
edlen Zweck.
Sportfreunde und Gönner unserer Sache
bitten wir um ihren wertigen Besuch.
Anfang 8 Uhr. — Eintritt frei.

Die Vereinsleitung.

Freie Turnerschaft (e. V.) Karlsruhe

Sportplatz: Pfenheimer-
Allee.

Sonntag, den 19. März,
nachm. 1/2 9 Uhr

Kreismeisterturnfestspiel gegen Birmasens

Eintritt 2.- Mk.
Abends Versammlung
im Lokal. 2987
Der Spielausschuss.

Naturheil-Verein Karlsruhe e. V.

Wir laden hiermit unsere
berech. Mitglieder zu der
am Freitag, 31. März,
abends 8 Uhr, im
Restaurant Kirschen, Kai-
serstraße 56 II, statt-
findenden

General-Versammlung

ergänzt ein. 2975
Zweck: Ordnung gemäß
§ 12 der Statuten. An-
sich: Statutenänderung
Beitragsänderung und
Sonnenbadausbau.
Anträge soll bis 24. März
schriftlich beim 1. Vorstand
Herrn Götter, Kaiser-
straße 31 IV, eingereicht
werden. Per Vorstand.

Zentral-Ranken- und Bierveraff der Tischler Hamburg (Zahlstelle Karlsruhe).

Am Samstag, den 18. März, abends 8 Uhr,
in der „Volkshalle“

Mitgli.-Berufssammlung.

Tagungsordnung:
Stellungnahme zu den Vorschlägen zur General-
Versammlung in Nürnberg und Anstellung
eines Kandidaten zur Abgeordnetenwahl.
Wir erwarten zahlreichen Besuch.
Die Ortsverwaltung.

Sonntag, 19. März, nachmittags 3 Uhr
auf dem K.F.V.-Platz in Karlsruhe

Repräs. Kreisspiel Saar-OO Südwest

Vorher 1/2 Uhr: Städte Jugendspiel
Pforzheim-Karlsruhe

Vorverkauf: Sporthäuser Beier, Freund-
lieb, Müller; Firma Mees & Löwe, sämt-
liche in Karlsruhe. 2972

Matratzen und Polstermöbel werden
billig aufgearbeitet sowie neu angefertigt.
Kammerer, Wilhelmstraße 55. 2970

Welt-Kino, Kaiserstr. 133.

Nur noch bis einschli. Montag!
Albertini 2978

Julot der Apache

Sensations-Schlager in 6 Akten.
Albertini 2978

Ausserdem: Das urgelungene KARLOCHEN-Lustspiel
3 Akte Der Prinz von Montecuculi. 3 Akte

Möbelschreiner Capeziere (Polsterer) Holzbildhauer Stuhlmacher

durchaus selbständige Facharbeiter, finden
dauernde Beschäftigung bei

Gebr. Himmelheber
Möbelfabrik Karlsruhe.

Ab Samstag, den 18. März 1922 gelangt
solange Vorrat, in sämtlichen Metzgereien prima
ausländisches

Maftochsenfleisch

zu Mt. 24.- pro Pfund zum Verkauf. 2982
Freie Metzger-Innung Karlsruhe.

FESTHALLE

Städtische Konzerte in der Festhalle.
Sonntag, den 19. März, abends von 8-11 Uhr:

Allelei Ernestes u. Heiteres. Mitwirk.: Melanie Ermarth,
Vorträge, Otto Ganser, Konzertsänger, Ruth Pollin, Lieder
zur Laute, Liesel Müller-Suhr, Tänze, Orchester: Harmonie-
kapelle. Am Fißel, Gnst. Lütjens, Pianist. Eintritt: 5 Mk.
(Abonnenten), 6 Mk. (Nichtabonn.). Kinder zahlen volle Preise.
An der Tageskasse je 50 Pfg. Zuschlag. Vorverkauf: Ver-
kehrsverein, Kiosk beim Hotel Germania und Stadtgarten-
Schalterkassen. — Eingänge: Für Inhaber von Karten aus
dem Vorverkauf Ostseite der Festhalle, für sonstige Be-
sucher (Tageskasse) Westseite. 532

feuerio Doppelfettseife 80% Fett

daher größte Ausgiebigkeit,
das Beste für die Wäsche.

VEREINIGTE SEIFENFABRIKEN STUTTGART
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften

Paul Mühlenhaupt

Delikatessen und Lebensmittel
Kapellenstr. 3. Nästalt. Telefon 526

Große Auswahl in
nord- und süddeutschen Würstwaren
Aufschnitt - Eier - Butter - Käse
geräucherter Fische, Fischmarinaden
Wein - Cognak - Liköre
Tee - Kakao - Kaffee - Kekse
Pumpernickel u. Roggenschrotbrot
In Filder-Sauerkauf

Pettfelle

mit Mast und Matraxe
gut erhalten, zu verkaufen.
Händler bereden.
Nölerstraße 35 III.

Hausangestellte und Stundenfrauen

zum sofortigen oder späteren Eintritt
gesucht. 467
Städt. Arbeitsamt Karlsruhe
Zähringerstraße 100/II. Frauenabteilung.

Elite, Mützen Schirme Stücke

Sport-Artikel
Umformen
alter Hüte

Kaiserstr. 61
gegenüber der
Hochschule
Mützenmacherei

Th. Zenker
Kaiserstr. 61
gegenüber der
Hochschule
Hutmacherei